

2013

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS (HGB) ZUM 31. DEZEMBER 2013

The logo for Deutsche Postbank, featuring a stylized graphic of three curved lines in blue, red, and yellow, followed by the word "Postbank" in a blue sans-serif font.

 Postbank

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2013
UND LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

LAGEBERICHT	2
JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013	42
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2013 BIS 31. DEZEMBER 2013	44
ANHANG	46
BESTÄTIGUNGSVERMERK	83

LAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen

Geschäftsmodell der Postbank

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit liegen im Privatkundengeschäft (Retail Banking) und im Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen). Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Gruppe Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, die unmittelbar und mittelbar mehr als 90 % der Aktien der Postbank hält.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundenbasis ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT- und Operationseinheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2013 – 1.092 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Darüber hinaus hat die Postbank Tochtergesellschaften in Luxemburg. Die PB (USA) Holdings, Inc. und ihre Tochtergesellschaften, zu denen auch die PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA, gehörte, wurde mit Ablauf des 31. Dezember 2012 und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 innerhalb des Deutsche Bank Konzerns veräußert.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutsch-

land sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Mit ihrer Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main, (BCB), ist die Postbank derzeit einer der größten Anbieter für die Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen auf dem deutschen Markt. Für die Postbank und drei weitere Mandanten, darunter die Deutsche Bank AG, wickelte die BCB im Berichtsjahr rund 7,6 Milliarden Transaktionen ab.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung des Teilkonzerns Postbank erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Die Größe berechnet sich aus dem Quotienten aus dem Ergebnis vor bzw. nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR), des Quotienten aus Verwaltungsaufwendungen und Gesamterträgen ohne sonstige Erträge vor Risikovorsorge, als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung gemessen.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größen zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss und den Provisionsüberschuss als zentrale Ertragsgrößen im Kundengeschäft der Postbank.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Derzeit wird der Prozess dieser regelmäßigen Reviews überarbeitet. Hintergrund sind die Ende 2012 geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank Renditekennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets, RoA) als auch auf das eingesetzte Risikokapital. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital bzw. den Kapitalbedarf berechnet (insbesondere Return on Regulatory Capital, RoReC bzw. Return on Total Capital Demand, RoTCD), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem erfolgt eine Steuerung der Rendite auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios auf Basis des ökonomischen Kapitals (Return on Risk-adjusted Capital, RoRaC). Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

ANGABEN NACH § 289 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt unmittelbar und mittelbar, im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH, am 31. Dezember 2013 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank. Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Arbeitnehmer, die Aktien der Postbank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Im Jahr 2013 wurden die nachfolgenden Satzungsänderungen in das Handelsregister eingetragen und wirksam:

Die Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 hat die Neufassung des § 4 Abs. 6 (Genehmigtes Kapital I) sowie die Einfügung eines neuen § 4 Abs. 7 (Genehmigtes Kapital II) in die Satzung beschlossen. Die nachfolgende Ziffer wurde entsprechend unnummeriert. Der Beschluss wurde durch die Eintragung in das Handelsregister am 26. Juni 2013 wirksam.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 27. Mai 2013 wurde die Änderung der Satzung in § 3 Abs.1 (Bekanntmachungen und Informationen) beschlossen und durch Eintragung in das Handelsregister am 7. August 2013 wirksam.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand ist gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 im Gesamtnennbetrag von bis zu 3 Mrd € beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch gemacht wird oder wie die zur Wandlung verpflichteten Inhaber bzw. Gläubiger ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung eingesetzt werden. Die näheren Einzelheiten zu dem Bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Die Gesellschaft wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals ausgeübt werden und gilt bis zum 28. April 2015. Der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) darf den arithmetischen Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Postbank AG Aktie im Xetra-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den

letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Außerdem wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2010 nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals ausgeübt werden. Sie gilt bis zum 28. April 2015.

Der Erwerb kann über die Börse oder mittels eines öffentlichen Angebots erfolgen. Die Ermächtigung enthält Vorgaben hinsichtlich des Erwerbspreises und des Vorgehens bei Überzeichnung eines öffentlichen Kaufangebots.

Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgend genannten Ziele, ausgeübt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt grundsätzlich zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall zur Anpassung der Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung ermächtigt.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als durch einen Verkauf über die Börse oder ein Angebot an alle Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wie folgt zu verwenden: (i) Veräußerung gegen Sachleistung, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige einlagefähige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen, oder (ii) Veräußerung gegen Barzahlung, soweit diese zu einem Preis erfolgt, der den Börsenwert von Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet (vereinfachter Bezugsrechtsausschluss nach §§ 186 Abs. 3 Satz 4, 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5 Halbsatz 2 AktG). Diese Ermächtigung beschränkt sich unter Einbeziehung von anderen Aktien, die seit Beschlussfassung über diese Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind, auf insgesamt höchstens 10 % des derzeitigen oder – falls dieser Wert geringer ist – 10 % des bei Ausübung dieser

Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft oder (iii) Erfüllung von Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandlungs- und Optionsrechten bzw. Wandlungspflichten aus von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen gegebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die ein Wandlungs- oder Optionsrecht gewähren oder eine Wandlungspflicht bestimmen. Die Ermächtigungen unter (i) bis (iii) können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder von ihr abhängiger oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehender Unternehmen ausgeübt werden.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen
Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechseln
Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung
Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013
Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft.

Die Systematik des Vorstandsvergütungssystems wurde im Berichtsjahr nicht angepasst.

Für 2014 hat der Aufsichtsrat eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung des Vergütungssystems, insbesondere im Hinblick auf die Zurückbehaltungssystematik, beschlossen.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Postbank unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Ferner hat der Aufsichtsrat bei der Bemessung der Vergütungshöhe im Rahmen des vertikalen Vergütungsvergleichs die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von z. B. Ergebnisgrößen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente

(Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums

rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2013

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Die erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr bemisst, ist nach Ansicht des Vorstands und des Aufsichtsrats – isoliert betrachtet – nicht, den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) entsprechend, auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Daher haben Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein

Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2013, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 2.883 Mitarbeiter, das waren 1.209 weniger als am 31. Dezember 2012. Der wesentliche Grund für diese deutliche Reduzierung sind konzerninterne Wechsel – vor allem in die neu gegründete PB Service GmbH und die Kreditservice GmbH. In der Gesamtzahl enthalten ist ein Anteil von etwa 22 % aktive Beamte. 14,4 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2013 belief sich auf rund 3,5 %. Sie lag damit weit unter dem Vorjahreswert 2012 von rund 8,3 %. Hauptgründe dafür sind deutlich weniger Kündigungen und Vorruhestandsvereinbarungen im Jahr 2013.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 20,2 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2013

1. Januar 2013: Mit Ablauf des 31. Dezember 2012 und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurden an die Deutsche Bank veräußert: die PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe sowie das Stammkapital der amerikanischen Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA, und Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA.

28. Mai 2013: Die Hauptversammlung der Postbank stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen fast einstimmig zu.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMEN-BEDINGUNGEN IM JAHR 2013

Weltwirtschaft wächst erneut schwach

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im Jahr 2013 sehr verhalten. Sowohl in den Industrieländern als auch in den aufstrebenden Märkten blieben die Wachstumsraten noch hinter den bereits mäßigen Ergebnissen des Vorjahres zurück. Verantwortlich hierfür waren eine ungünstige Ausgangsbasis zum Jahreswechsel 2012/13 sowie eine Wachstumsschwäche zu Jahresbeginn. Nachfolgend erholte sich jedoch die Konjunktur. Insbesondere in einigen Industrieländern nahm die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf deutlich zu. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung 2013 dennoch laut Internationalem Währungsfonds (IWF) nur noch um 3,0 % nach einem Plus von 3,1 % im Vorjahr. Die vom IWF zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsbeschleunigung auf 3,5 % ist damit ausgeblieben.

In den Vereinigten Staaten wurde die Konjunktur 2013 zu Jahresbeginn von den automatisch in Kraft getretenen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen belastet. Deren dämpfende Effekte waren aber nicht so stark wie befürchtet. Ab dem Frühjahr gewann die Konjunktur dann deutlich an Schwung. Dabei wurde der private Verbrauch, begünstigt durch die deutlich sinkende Arbeitslosigkeit, recht konstant ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen nach einem Rückgang zu Jahresbeginn ihren Aufwärtstrend wieder auf. Kräftige Impulse gingen dabei von den Wohnungsbauinvestitionen aus, die 2013 erneut prozentual zweistellig wuchsen. Der Außenhandel hatte per saldo keine starken Auswirkungen auf das Wachstum. Der deutlich rückläufige Staatsverbrauch belastete die Konjunktur dagegen spürbar. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 1,9 % und damit erwartungsgemäß deutlich schwächer als im Vorjahr.

Trotz einer Wachstumsschwäche zu Jahresbeginn erreichte das BIP-Wachstum in den asiatischen Schwellenländern mit 6,5 % in etwa das Niveau des Vorjahres. In China blieb das BIP-Wachstum mit 7,7 % konstant. Dabei bewegte sich auch der Zuwachs bei den Exporten mit 7,9 % auf Vorjahresniveau. Die japanische Wirtschaft verzeichnete infolge einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik in der ersten Jahreshälfte hohe Wachstumsraten. Im weiteren Jahresverlauf ließ das Tempo des Aufschwungs dann nach. Zuwächse beim privaten Verbrauch und beim Staatskonsum sowie anziehende Investitionen ließen die binnenwirtschaftliche Nachfrage 2013 deutlich steigen. Die Exporte legten dagegen im Jahresdurchschnitt nur leicht zu. Trotz des kräftigen Aufschwungs erhöhte sich das BIP in Japan aufgrund einer niedrigen Ausgangsbasis nur um 1,5 %, jedoch deutlich stärker als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Im Euroraum sank die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr erneut. Das BIP schrumpfte um 0,4 % nach einem Rückgang um 0,7 % im Vorjahr. Die Wirtschaft litt insbesondere zu Jahresbeginn weiterhin unter der Staatsschuldenkrise. Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in einigen Ländern dämpften nicht nur den Staatskonsum, sondern auch den privaten Verbrauch, der im Jahresdurchschnitt um 0,6 % reduziert wurde. Die Bruttoanlageinvestitionen gaben sogar um 3,5 % nach. Insgesamt sank die Binnennachfrage um 0,9 %. Die Exporte wurden zwar nur moderat um 1,6 % ausgeweitet, die Zunahme der Importe fiel aber noch geringer aus. Der Außenhandel dämpfte deshalb den Rückgang des BIP um 0,5 Prozentpunkte. Trotz des negativen Jahresergeb-

nisses verbesserte sich die konjunkturelle Lage im Euroraum im Jahresverlauf. Ab dem zweiten Quartal wurden beim EWU-BIP im Quartalsvergleich wieder positive Wachstumsraten erzielt und somit die Rezession überwunden. Dies gelang im Jahresverlauf auch fast allen Krisenländern. Dies reichte aber noch nicht aus, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Arbeitslosenquote stieg 2013 auf ein Rekordniveau von über 12 %.

Die Wirtschaftsentwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, obwohl der Rückgang des BIP etwas stärker ausgeprägt ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Konjunkturelle Belebung im Jahresverlauf in Deutschland

Die deutsche Konjunktur hat sich nach einem schwachen Beginn im Verlauf des Jahres 2013 belebt. Aufgrund einer ungünstigen Ausgangsbasis zu Jahresbeginn und der Stagnation im ersten Quartal stieg das BIP dennoch mit lediglich 0,4 % schwächer als im Vorjahr mit 0,7 %. Als Belastungsfaktor erwies sich der Außenhandel. Die Nachfrage aus dem Euroraum war schwach. Zudem entwickelten sich die Ausfuhren in andere Regionen mäßig. Die Exporte wuchsen deshalb nur um 0,6 %, während die Importe mehr als doppelt so stark zulegten. Die Bruttoanlageinvestitionen zogen zwar im Jahresverlauf infolge der Verbesserung des globalen Umfelds wieder an, gaben aber im Jahresdurchschnitt um 0,8 % nach. Dabei sanken die Ausrüstungsinvestitionen wesentlich stärker als die Bauinvestitionen. Deren Rückgang war auf eine markante Abschwächung bei den gewerblichen Bauinvestitionen zurückzuführen, während die Wohnungsbauinvestitionen leicht und die öffentlichen Bauinvestitionen spürbar gesteigert wurden. Als Wachstumsstütze erwies sich der private Verbrauch. Mit 0,9 % wurde er geringfügig stärker ausgeweitet als im Vorjahr. Zwar verlangsamte sich der Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen, im Gegenzug fiel jedoch die Inflationsrate deutlich von 2,0 % auf 1,5 %, wodurch die privaten Haushalte entlastet wurden. Zudem reduzierten diese ihre Sparquote zugunsten eines höheren Konsums. Der deutsche Arbeitsmarkt blieb trotz des geringen Wachstums stabil. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen um 53.000 auf 2,95 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm leicht von 6,8 % auf 6,9 % zu. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 233.000 auf 41,84 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2013 etwas ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

In den ersten Monaten des Jahres 2013 belasteten die schwache Weltkonjunktur und die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum die globalen Märkte. Für Verunsicherung sorgte zudem die Ankündigung der US-Notenbank, in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung möglicherweise noch 2013 damit zu beginnen, das Volumen ihrer Anleihekäufe zu reduzieren. Die sich bessernden globalen Wachstumsaussichten, die Stabilisierung der Konjunktur im Euroraum sowie Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) führten im weiteren Jahresverlauf jedoch zu einer deutlichen Stimmungsaufhellung und kräftigen Kursanstiegen.

Nach einer anfänglichen Seitwärtsbewegung zogen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt im Frühjahr

markant an. Infolge der Ankündigung der US-Notenbank, ihre Anleihekäufe eventuell noch 2013 reduzieren zu wollen, gingen die Kursgewinne im Juni jedoch größtenteils wieder verloren. Im weiteren Jahresverlauf kam es dann vor dem Hintergrund der sich verbessernden konjunkturellen Perspektiven in Verbindung mit der Aussicht auf eine noch länger anhaltende Phase sehr niedriger Leitzinsen zu starken Kursanstiegen. So legte der DAX im Jahresverlauf 2013 um 25,5 % zu. Nicht ganz so positiv entwickelte sich der EURO STOXX 50, der aber immerhin noch ein Plus von 17,9 % erzielen konnte. Noch stärker verbesserten sich die Aktiennotierungen in den USA. Der S&P 500 kletterte 2013 um 29,6 %. Von den steigenden Konjunkturerwartungen profitierten auch Unternehmensanleihen. Die Risikoaufschläge für Anleihen mit schwachen Ratings gingen in der zweiten Jahreshälfte 2013 deutlich zurück, während sich die Aufschläge bei Anleihen hoher Bonität das gesamte Jahr über auf moderatem Niveau bewegten.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten hielten im ersten Halbjahr 2013 an. Nachdem die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen zu Jahresbeginn zunächst deutlich nachgegeben hatten, weiteten sie sich wegen der Banken- und Staatsschuldenkrise in Zypern nachfolgend wieder aus. Nach dem Schuldenschnitt in Zypern, der unter Beteiligung von Einlagegläubigern mit Einlagen von mehr als 100.000 € erfolgte, gaben sie erneut spürbar nach und fielen zum Teil sogar weit unter das zu Jahresbeginn verzeichnete Niveau. Hierzu trug auch die Aussicht auf eine noch expansivere Ausrichtung der Geldpolitik der EZB bei. Zur Jahresmitte hin stiegen die Renditeaufschläge dann nochmals an, da die Befürchtung einer zunehmend restriktiveren US-Geldpolitik alle Anleiheklassen, denen ein erhöhtes Risiko zugemessen wurde, überproportional belastete. In Portugal ließ eine drohende Regierungskrise die Renditen zudem zu Beginn der zweiten Jahreshälfte sprunghaft steigen. Die konjunkturelle Stabilisierung in Verbindung mit der nochmals expansiveren Geldpolitik der EZB sorgte im weiteren Jahresverlauf aber für eine deutliche Entspannung. Per saldo gaben die Renditeaufschläge für Staatsanleihen Italiens, Spaniens, Irlands, Portugals und Griechenlands gegenüber Bundesanleihen im Verlauf des Jahres 2013 kräftig nach.

Die EZB hat ihre Geldpolitik im Verlauf des Jahres 2013 nochmals expansiver ausgerichtet. Aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur, der geringen Inflation und der rückläufigen Kreditvergabe an den privaten Sektor senkte die EZB im Mai ihren Hauptfinanzierungssatz von 0,75 % auf 0,50 %. Im Juli verkündete sie dann erstmals, dass die Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen oder aber einem niedrigeren Niveau bleiben würden. Im November reduzierte sie ihren Leitzins infolge eines nochmaligen deutlichen Rückgangs der Inflationsrate weiter auf das neue Rekordtief von 0,25 %. Zudem erneuerte sie ihre im Juli eingeführte „Forward Guidance“ auf Basis des neuen Leitzinsniveaus. Darüber hinaus führte die EZB wiederholt aus, dass sie noch über eine Reihe von Instrumenten verfüge, um einem weiteren Rückgang der Inflationsrate oder einer Abschwächung der Konjunktur zu begegnen, und diese, falls erforderlich, auch einsetzen werde. Ihren Zinssatz für die Einlagefazilität hielt die EZB dabei über das gesamte Jahr hinweg bei 0,00 %. Auf die Geldmarktzinsen hatten die Maßnahmen der EZB deshalb kaum Einfluss. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2013 mit 0,29 % sogar um 0,10 Prozentpunkte höher als zum Vorjahresresultimo. Ursächlich hierfür

war vor allem ein Rückgang der Überschussliquidität im Bankensektor.

Die US-Notenbank hielt ihren Leitzins konstant in der Spanne von 0 % bis 0,25 %. Ab dem Jahresbeginn 2013 kaufte die Fed im Rahmen der sogenannten Quantitative Easing monatlich Anleihen im Gesamtvolumen von 85 Mrd US \$. Im Juni deutete sie dann an, dass sie in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung möglicherweise noch im selben Jahr beginnen könnte, das Ankaufovolumen zu reduzieren. Im Dezember beschloss sie – mit Wirkung zum Januar 2014 – eine Absenkung um 10 Mrd US \$ auf 75 Mrd US \$. Die Fed hat damit eine erste Maßnahme ergriffen, um den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik allmählich zurückzuführen.

Die europäischen Anleihemärkte standen in den ersten Monaten des Jahres 2013 noch unter dem dominierenden Einfluss der allgemeinen Konjunkturschwäche und der EWU-Staatsschuldenkrise. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen fiel bis Mai auf das Jahrestief von 1,17 %. Trotz der Leitzinssenkungen durch die EZB zogen die Kapitalmarktzinsen infolge der sich verbessernden konjunkturellen Aussichten im weiteren Jahresverlauf aber an. Zum Jahresende lag die Bundrendite bei 1,93 % (Vorjahr: 1,32 %). Bei einem nur leichten Anstieg der Geldmarktzinsen ist die Zinskurve in Deutschland dadurch im Verlauf des Jahres 2013 deutlich steiler geworden. Die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen gab zunächst ebenfalls leicht nach. Die anziehende US-Konjunktur und die Aussicht auf eine allmähliche Reduzierung der Anleihekäufe durch die US-Notenbank ließen die Rendite nachfolgend aber kräftig steigen. Zum Jahresende lag sie mit 3,03 % um 1,27 Prozentpunkte über dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei nochmals leicht gesunkenen Geldmarktsätzen hat sich die Steigung der US-Zinskurve massiv erhöht.

Auch die Kursentwicklung des Euro stand zu Jahresbeginn noch unter dem Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise. Deren Ausweitung auf Zypern sowie die schwache Wirtschaft des Euroraums ließen den Wert des Euro bis März auf das Jahrestief von knapp 1,28 US \$ sinken. Mit der sich allmählich bessernden Konjunktur im Euroraum ebte im Jahresverlauf aber auch die Furcht vor einer neuerlichen Verschärfung der Schuldenkrise ab. Hiervon profitierte der Euro, obwohl die EZB ihren Leitzins weiter senkte und die Fed einen ersten Schritt zur allmählichen Straffung ihrer Geldpolitik beschloss. Bis zum Jahresende stieg der Kurs des Euro auf gut 1,37 US \$. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % zugelegt.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach größtenteils unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2013 von einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Bei den Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Hinsichtlich der Zinskurve hatten wir eine leicht stärkere Verteilerung erwartet. Von einer weiteren Absenkung des Hauptfinanzierungssatzes der EZB waren wir dagegen nicht ausgegangen.

Branchensituation

Während im ersten Halbjahr 2013 die Bankenkrise in Zypern und Spanien das dominierende Thema war, standen im zweiten Halbjahr die voranschreitenden Regulierungsmaßnahmen für den Bankensektor im Vordergrund.

Die EU-Finanzminister haben Mitte Oktober 2013 die Übertragung der Aufsicht über bedeutende Kreditinstitute in den Ländern des Euroraums an die EZB beschlossen. Die Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist am 3. November 2013 in Kraft getreten, und zwölf Monate später, am 4. November 2014, soll die EZB ihre Aufgaben im Bereich der Bankenaufsicht in vollem Umfang übernehmen. Alle Euro-Länder nehmen automatisch am einheitlichen Aufsichtsmechanismus teil. EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Eurogebiet angehören, können sich für eine Teilnahme entscheiden. Im Rahmen des neuen Aufsichtssystems wird die EZB bedeutende Kreditinstitute – voraussichtlich 124 (die fast 85 % der gesamten Bankaktiva im Euroraum halten) – direkt beaufsichtigen. Bevor sie im November die Aufsicht über die Institute übernimmt, wird sie die Banken einer Bilanzprüfung unterziehen, die aus einer aufsichtsrechtlichen Risikobewertung, einem Asset Quality Review und einem abschließenden Stresstest bestehen wird. Die Ergebnisse sollen bis Oktober 2014 vorliegen. Die EZB wird ferner eng mit den zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten, um alle anderen Kreditinstitute im Rahmen ihrer allgemeinen Aufsicht zu beaufsichtigen.

Mitte Dezember 2013 erreichten die EU-Finanzminister einen Kompromiss für die Schaffung des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) für die Banken der Eurozone. Die anderen EU-Staaten erhalten die Möglichkeit, dem SRM beizutreten. Beginnend ab 2016, soll der Single Resolution Fund (SRF) von den Banken befüllt werden. 2026 soll er ein Volumen von 1 % der nationalen gedeckten Einlagen erreichen. Denn zunächst sollen nationale SRF aufgebaut werden, die auch nur zur Abwicklung nationaler Banken eingesetzt werden dürfen. Inwieweit in Deutschland Mittel aus der Bankenabgabe zur Befüllung des SRF verwandt werden, ist noch offen. Ebenso müssen EU-Rat und EU-Parlament dem Kompromiss der EU-Finanzminister noch zustimmen. Da Teile der Abwicklungsrichtlinie schon 2015 in Kraft treten sollen, dürfte sie im Laufe dieses Jahres beiden Kammern zur Abstimmung vorgelegt werden.

Ebenfalls Mitte Dezember 2013 verständigten sich Vertreter von EU-Parlament, EU-Kommission und des litauischen Ratsvorsitzes auf die EU-Richtlinie zur Harmonisierung nationaler Einlagensicherungssysteme. Kernpunkt des Regelwerks ist, dass Einlagen unter 100.000 € bei einer Restrukturierung oder Abwicklung von Banken unangetastet bleiben. Banken in allen EU-Staaten werden verpflichtet, nationale Sicherungsfonds zu bedienen, deren Volumen in zehn Jahren 0,8 % der jeweiligen nationalen gedeckten Einlagen betragen sollen.

Die European Banking Authority (EBA) hat im vierten Quartal 2013 eine sogenannte Transparency Exercise bei 64 Banken aus 21 europäischen Staaten durchgeführt. Das Fazit der EBA fiel positiv aus. Die befragten Institute haben insgesamt das harte Eigenkapital deutlich aufgestockt und gleichzeitig die Risikoaktiva reduziert. Die harte Kernkapitalquote ist laut EBA im Mittel um 170 Basispunkte auf 11,7 % gestiegen.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat am 12. Januar 2014 einige technische Änderungen in seinem Basel-III-Rahmenwerk im Hinblick auf die Leverage Ratio vorgenommen. Diese sollen vor allem dazu beitragen, rechnungslegungsbedingte Wettbewerbsunterschiede zwischen europäischen und US-amerikanischen Banken zu beseitigen bzw. zu verringern. Vor allem das in stärkerem Maße erlaubte Netting bei Repo- und Derivategeschäften sollte zu einem reduzierten Kapitalbedarf führen. Der Orientierungswert für die Leverage Ratio bleibt unverändert bei 3 %.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite schrumpfte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 um 3,4 % auf 2.352 Mrd €. Bereinigt um Änderungen in der statistischen Zuordnung, ergab sich ein leichter Zuwachs um 0,4 %. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem Vorjahr spürbar abgeschwächt. Dabei sank das Volumen der Kredite an Unternehmen, ebenfalls bereinigt um Änderungen in der statistischen Zuordnung, um 0,3 % auf 894 Mrd €. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten marginal um 0,1 % auf 389 Mrd €. Damit blieben die Entwicklungen in diesen beiden Marktsegmenten jeweils hinter denen des Vorjahres zurück. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 1,1 % auf 1.056 Mrd €, womit der Zuwachs etwas stärker ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 1,5 % auf 833 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war in den ersten elf Monaten des Jahres 2013 eine Steigerung um 2,8 % zu verzeichnen. Ein klarer, direkter Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar. Die von ihr ausgehende konjunkturelle Belastung dürfte die Entwicklung aber gebremst haben.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2013 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert kräftig um 6,2 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 7,6 % nach. Der hier bereits in den drei Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit beschleunigt fort. Die konjunkturelle Verbesserung im Jahresverlauf sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 5,9 %, nachdem es bereits im Vorjahr zu einem ähnlich kräftigen Rückgang gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich erneut positiv ausgewirkt haben. Die im Verlauf des Jahres 2013 beschlossene Reform der Privatinsolvenz, die am 1. Juli 2014 in Kraft treten soll, könnte aber überschuldete Verbraucher dazu bewegen haben, die Beantragung einer Privatinsolvenz zu verzögern, wodurch die Zahl der Insolvenzverfahren nach unten verzerrt wäre.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet den deutschen Bankenmarkt weiterhin. Außer Fusionen innerhalb der einzelnen Säulen waren im Jahr 2013 keine nennenswerten Verschiebungen zu beobachten.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Postbank

berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2013 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings konnte jeweils nur eine Bank den Überschuss vor bzw. nach Steuern im Vergleich zur Vorjahresperiode steigern. Mehrheitlich sahen sich die Kreditinstitute mit einem gesunkenen Zinsergebnis sowie einem rückläufigen Provisionsergebnis konfrontiert. Die Hälfte von ihnen wies ein verbessertes Handelsergebnis aus. Lediglich ein Geldhaus verzeichnete eine Verringerung des Verwaltungsaufwands. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnte nur ein Kreditinstitut reduzieren, und die Eigenkapitalrendite nach Steuern, die nur von drei Banken veröffentlicht wurde, verschlechterte sich bei allen drei Instituten.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2013 eine Performance von 25,5 %. Auch die Dividendenpapiere der beiden im Index gelisteten Kreditinstitute verzeichneten im genannten Zeitraum Kurszuwächse. Beide entwickelten sich allerdings schwächer als der deutsche Leitindex. Ihre jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 haben die Aktien der beiden Banken noch nicht wieder erreicht.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2013

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Regulatorisch“, „Lifecycle“, „Geschäftsentwicklung“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Magellan“ (vormals RTP – Retail Target Platform) gegliedert.

2013 bildeten insbesondere gesetzlich bedingte Investitionen den Schwerpunkt. Diese bezogen sich u. a. auf die Fertigstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen z. B. aus Basel III, Liquiditätsanforderungen und Pfandbriefnovellierung.

Die Lifecycle-Investitionen des Jahres 2013 betrafen in erster Linie Maßnahmen zur Optimierung und Vereinheitlichung der bestehenden Systemlandschaft und der damit verbundenen technischen Prozesse in der Postbank.

Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Investitionen im Bereich „Geschäftsentwicklung“ vor allem auf Projekte zur Optimierung der Vertriebskanäle und zur Schaffung innovativer Techniken für den Ausbau einer flexiblen Bargeldversorgung, u. a. durch die Kooperation mit Geschäftspartnern sowie die Fortschreibung der Kooperation im Bauspargeschäft.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Im Geschäftsjahr 2013 hat die Postbank trotz der schwierigen Marktbedingungen einen Gewinn vor Abführung von 151 Mio € erzielt, gegenüber einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr.

Entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wird die Postbank den gesamten Gewinn an die DB Finanz-Holding GmbH abführen.

Das Vorsteuerergebnis vor Abführung beträgt 84 Mio €, was einem Rückgang von 362 Mio € gegenüber dem Vorjahresergebnis von 446 Mio € entspricht. Ursächlich für diesen Rückgang sind einerseits ein geringerer Zinsüberschuss und andererseits gestiegene Verwaltungsaufwendungen bei einem deutlich verbesserten Bewertungsergebnis.

Aufgrund des anhaltenden historisch niedrigen Zinsniveaus ist der Zinsüberschuss entsprechend unseren Erwartungen niedriger als im Vorjahr ausgefallen. Im Zins dargestellte Sondereffekte sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer ausgefallen.

Der erwartungsgemäße Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf Leistungsvergütungen an verbundene Unternehmen zurückzuführen.

Positiv entwickelte sich aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus das Bewertungsergebnis bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde von einem guten konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt. Dies vor allem gestützt durch die nach wie vor sehr gute Situation am Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank tragen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge insbesondere im Geschäftsfeld private Baufinanzierung bei.

Erfolgsrechnung

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2013 ist mit 2.452 Mio € erwartungsgemäß ein um 16,7 % geringerer Zinsüberschuss (inklusive laufender Erträge und Erträge aus Gewinnabführungsverträgen) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, wobei der Zinsüberschuss im Vorjahr durch hohe positive Sondereffekte beeinflusst war. Vor dem Hintergrund der weiter vorherrschenden Marktbedingungen mit historisch niedrigen Zinssätzen ist der Zinsüberschuss wie erwartet niedriger ausgefallen. Insbesondere für einlagen- und liquiditätsstarke Banken wie die Postbank stellt die Marktsituation weiterhin eine Herausforderung dar. Darüber hinaus wirkte sich die konsequente Fortsetzung unserer Strategie zum Abbau kapitalmarktbezogener Bestände und Risiken negativ auf den Zinsüberschuss aus. Ein Sondereffekt von –22 Mio € ergab sich aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen.

Aus dem planmäßigen Abbau unserer Finanzanlagebestände sowie dem niedrigen Zinsniveau resultierte ein Rückgang des Zinsüberschusses aus Wertpapieren in Höhe von –157 Mio €.

Aus dem Closing von Derivaten sind Zinsaufwendungen in Höhe von –4 Mio € (Vorjahr: Erträge 279 Mio €) entstanden.

Der Zinsüberschuss aus Swapgeschäften weist im Berichtsjahr eine signifikante Verbesserung um 88 Mio € auf nunmehr –8 Mio € auf. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen eine Folge des geplanten Abbaus von derivativen Geschäften.

Der Zinsüberschuss aus Handelsgeschäften ist im Berichtsjahr um –62 Mio € auf 2 Mio € gesunken. Die Handelsaktivitäten wurden im Berichtsjahr deutlich zurückgefahren.

Die laufenden Erträge in Höhe von 200 Mio € (Vorjahr: 546 Mio €) ergeben sich im Wesentlichen aus den Ausschüttungen der Spezialfonds (80 Mio €) und den erhaltenen Gewinnausschüttungen der Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A. (76 Mio €), Betriebs-Center für Banken AG (20 Mio €) sowie der BHW Holding AG (15 Mio €). Der Rückgang resultiert aus gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeren Ausschüttungen der Spezialfonds.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen belaufen sich auf 202 Mio € (Vorjahr: 185 Mio €) und betreffen im Wesentlichen die Postbank Filialvertrieb AG (109 Mio €), die PB Factoring GmbH (43 Mio €), die Postbank Beteiligungen GmbH (37 Mio €) und die Postbank Systems AG (9 Mio €).

Provisionsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Provisionsüberschuss 438 Mio € (Vorjahr: 421 Mio €).

Trotz der Überarbeitung der Gebührenstruktur in unserem Kreditgeschäft konnten wir wie erwartet einen leichten Anstieg im Provisionsüberschuss verzeichnen.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Kredit- und dem Wertpapiergeschäft konnte durch höhere Provisionserträge aus dem Zahlungsverkehr und dem gestiegenen Provisionsergebnis aus Vermittlungsprovisionen überkompensiert werden.

Nettoaufwand des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2013 weist die Postbank einen Nettoaufwand des Handelsbestands von –12 Mio € (Vorjahr: Nettoertrag 28 Mio €) aus.

Dieses Ergebnis resultiert insbesondere aus dem planmäßigen Abbau der Handelstätigkeiten und der Handelspositionen im Rahmen der De-Risking Strategie. Im Handelsbestand geführte Zinsderivate belasten das Nettoergebnis mit 9 Mio € (Vorjahr: –1 Mio €). Ein bonitätsinduzierter Risikoabschlag auf Derivate ergibt eine Belastung von 2 Mio €.

Aus der Realisation der Geldhandelspositionen ergab sich im Geschäftsjahr 2013 ein negatives Ergebnis von 4 Mio € (Vorjahr: negativ 5 Mio €).

Die Devisenposition der Bank wurde weitgehend ergebnisneutral ausgesteuert (Vorjahr: 30 Mio €).

Im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2013 hat sich der Risikoabschlag auf den Handelsbestand insgesamt um 3 Mio € reduziert.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte) erhöhten sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß um 196 Mio € auf 2.665 Mio € (Vorjahr: 2.469 Mio €).

Trotz der im Berichtsjahr gebildeten personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 77 Mio € sank der Personalaufwand um 33 Mio € auf 667 Mio €.

Der Sachaufwand verzeichnete mit 1.997 Mio € einen Anstieg um 229 Mio € gegenüber dem Vorjahr und ist im Wesentlichen auf gestiegene Leistungsvergütungen an verbundene Unternehmen zurückzuführen. Die höheren Vergütungen betreffen insbesondere die PB Service GmbH für seit dem Jahr 2013 erbrachte Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Kontoführung und Wertpapierabwicklung sowie die Schalternutzung in den Filialen aufgrund von Anpassungen des Geschäftsbesorgungsvertrags.

Gegenläufig entwickelten sich Aufwendungen für EDV und Telekommunikation, Marketing sowie für Beiträge und Versicherungen.

Im Berichtsjahr wurde der Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London um 8 Mio € außerplanmäßig abgeschrieben.

Bewertungsergebnis

Die Risikovorsorge für Wertpapiere der Liquiditätsreserve profitierte von den historisch niedrigen Zinsen, sodass im Berichtsjahr ein Ergebnis von 22 Mio € (Vorjahr: –324 Mio €) verzeichnet werden konnte. Den erwarteten Belastungen standen positive Effekte gegenüber. So wurden realisierte Verluste aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von –12 Mio € durch erzielte Gewinne von 38 Mio € überkompensiert. Die Zuschreibungen auf Rentenpapiere von 32 Mio € und die Abschreibungen von –35 Mio € gleichen sich weitgehend aus.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft betrug im Berichtsjahr –179 Mio € (Vorjahr: –303 Mio €).

Die positive Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist insbesondere im Geschäftsfeld private Baufinanzierung aufgrund des konjunkturellen Umfelds in Deutschland sowie von nachhaltig risikoreduzierenden Maßnahmen begünstigt.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der BHW Holding AG (–202 Mio €), DSL Holding AG i.A. (–81 Mio €), Postbank Filialvertrieb AG (–45 Mio €) sowie auf geschlossene Immobilienfonds (–17 Mio €) vorgenommen.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Durch die Veräußerung der Beteiligung an der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe an die Deutsche Bank wurde im Geschäftsjahr 2013 ein Gewinn in Höhe von 141 Mio € erzielt. Beim Abgang von Spezialfonds wurden Gewinne in Höhe von 98 Mio € realisiert. Darüber hinaus wurde der Beteiligungsbuchwert der BCB AG um 67 Mio € zugeschrieben.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen (inklusive sonstige Steuern) betrug im Berichtsjahr 335 Mio € (Vorjahr: 311 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen für Personalaufwendungen in Höhe von 266 Mio € (Vorjahr: 239 Mio €), Mieterträge in Höhe von 63 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 37 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen insbesondere Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen von 36 Mio € (Vorjahr: 35 Mio €), Gerichts- und Prozesskosten von 49 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €), Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 8 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) sowie Zahlungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Aktionären der DSL Holding AG i. A. von 8 Mio €.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der BHW Holding AG resultiert ein Aufwand aus der Verlustübernahme in Höhe von –3 Mio € (Vorjahr: –99 Mio €).

Außerordentliches Ergebnis

Der nach den Vorschriften des BilMoG resultierende Unterschiedsbetrag bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird mit mindestens 1/15 bis spätestens 31. Dezember 2024 zugeführt. Im Geschäftsjahr 2013 betrug die als außerordentlicher Aufwand erfasste Zuführung 15 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €).

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung lag im Geschäftsjahr 2013 bei 84 Mio € nach 446 Mio € im Vorjahr. Das prognostizierte ausgeglichene Ergebnis konnte aufgrund positiver Einmaleffekte aus dem Verkauf der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe an die Deutsche Bank, dem Abgangsgewinn der Spezialfonds sowie substanzieller Auflösungen von Einzelwertberichtigungen übertroffen werden.

Ertragsteuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag belaufen sich auf einen positiven Betrag von 67 Mio € (Vorjahr: Aufwand 446 Mio €). Hiervon entfallen 4 Mio € auf laufende Ertragsteuern und 71 Mio € Erträge auf Steuern aus Vorjahren. Im Vorjahr fielen 409 Mio € Aufwendungen aus latenten Steuern an, die aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der Deutschen Bank nicht mehr aktiviert werden konnten. Eigenes Einkommen versteuert die Postbank als Organgesellschaft nur noch in Höhe der an die außenstehenden Aktionäre gezahlten Ausgleichszahlungen.

Jahresüberschuss

Die Postbank weist für das Geschäftsjahr 2013 nach Abführung eines Gewinns von 151 Mio € an die DB Finanz-Holding GmbH ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

BILANZENTWICKLUNG

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank betrug zum 31. Dezember 2013 139,7 Mrd €, ein Rückgang von 15,1 Mrd € gegenüber dem Vorjahreswert von 154,8 Mrd €.

Die Entwicklung der Aktivseite der Bilanz war hauptsächlich geprägt durch die Reduzierung der Handelstätigkeiten, dem Verkauf eines CRE-Kreditportfolios der Niederlassung London von 1,6 Mrd. €, dem Verkauf der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe sowie der Auflösung von Spezialfonds. Die Passivseite reduzierte sich durch Fälligkeiten von Emissionen, den Abbau der Handelsbestände und den Rückgang bei Kundeneinlagen.

Forderungen an Kunden

Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich die Forderungen an Kunden auf 64,7 Mrd €, sie sind damit um 2,7 Mrd € geringer als im Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Veräußerung von Krediten der Niederlassung London zurückzuführen.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Anlagen im Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 65,2 Mrd € (Vorjahr: 72,9 Mrd €).

Im Zuge der Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität wurde der Abbau der Wertpapiere weiter fortgeführt und der Bestand um 0,7 Mrd € auf 25,7 Mrd € verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 1,9 Mrd € auf 33,9 Mrd € angestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Termingelder- und Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen.

Der Handelsbestand betrug am Bilanzstichtag 5,7 Mrd € (Vorjahr: 14,5 Mrd. €) und beinhaltet im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 5,4 Mrd € (Vorjahr: 7,8 Mrd €). Der Rückgang resultiert aus der Reduzierung der Handelstätigkeit.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 100,0 Mrd €, sie sind damit um 9,7 Mrd € unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang betrifft im Wesentlichen Tages- und Termingelder (-5,2 Mrd €), Sichteinlagen (-2,0 Mrd €) und fällige Schuldverschreibungen (-1,3 Mrd €). Der Bestand der Spareinlagen reduzierte sich um 1,4 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 28,6 Mrd € (Vorjahr: 32,5 Mrd €).

Ursächlich für den Rückgang ist die Reduzierung der Handelstätigkeit, wodurch der Handelsbestand von 10,5 Mrd € um 5,0 Mrd € auf 5,5 Mrd € reduziert wurde.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,2 Mrd € auf 15,9 Mrd € resultiert im Wesentlichen

aus Wertpapierpensionsgeschäften.

Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten hat sich im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten um 2,1 Mrd € auf 7,2 Mrd € vermindert.

Der aktuelle Handelsbestand beinhaltet ausschließlich negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 250 Mio € zugeführt. Danach weist der Fonds für allgemeine Bankrisiken zum Jahresende einen Betrag von 2.023 Mio € aus.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2013 unverändert 2.740 Mio €.

Gesamtaussage Geschäftslage 2013

Das Geschäftsjahr 2013 hat die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank weiter gestärkt. Dieser positive Ergebnistrend ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft blieb trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen weiterhin stabil. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurde die Bilanzsumme, insbesondere bei den Handelsbeständen, weiter reduziert.

Das RoE vor Steuern beträgt 1,8 % (Vorjahr: 9,9 %). Die Cost Income Ratio lag bei 91,9 % nach 80,4 % im Vorjahr. Die Liquiditätskennziffer beträgt 1,93 % (Vorjahr: 2,17 %).

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

KWG-GRUNDSÄTZE

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

Die zum 31. Dezember 2013 gemeldete regulatorische Tier-I-Quote beträgt 10,5 % und die Gesamtkennziffer 15,6 %. Diesen Quoten liegen die auf dem zuletzt testierten Jahresabschluss (31. Dezember 2012) basierenden Eigenmittel zugrunde. Die auf Basis der aktuellen Eigenmittel zum 31. Dezember 2013 ermittelte Tier-I-Quote beträgt 11,0 % und die Gesamtkennziffer 16,3 %.

NACHTRAGSBERICHT

Vom 31. Dezember 2013 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Vorstand am 21. Februar 2014 fielen keine berichtspflichtigen Vorgänge an.

CHANCENBERICHT

Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung bzw. reduzierten Sparneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon 2013 durch einen Zuwachs im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten (24 %) und Wohnungsbaukrediten (Neugeschäft 2 %) bereits profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit -4 % rückläufig. Diese Entwicklung reduziert den Einlagenüberhang und führt zu positiven Effekten im Zinsergebnis der Bank, die den anhaltenden Margendruck etwas abmildern.

Beschlüsse der Bundesregierung können das Geschäft begünstigen

Wir erwarten grundsätzlich, dass sich dieser Trend im Verlauf des Jahres 2014 fortsetzt. Beschlüsse der neuen Bundesregierung könnten diese Entwicklung allerdings weiter stimulieren oder auch abschwächen. Eine Begrenzung des Mietpreiswachstums (die sogenannte Mietpreisbremse) und die Einführung eines Mindestlohns würden die Planbarkeit privater Ausgaben für bestimmte Bevölkerungsschichten erhöhen, was die Nachfrage nach privaten Darlehen für Konsumzwecke und damit auch das Konsumentenkreditgeschäft der Postbank weiter anregen könnte. Zudem könnte sich in diesem Geschäftsfeld eine weitere Risikominderung einstellen.

Regimewechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich

Eine Wendung der Europäischen Zentralbank hin zu einer restriktiveren Zinspolitik wird aktuell mehrheitlich nicht erwartet. Vielmehr gehen auch wir für 2014 im Einklang mit dem Konsensus lediglich von einer moderaten Erhöhung der Zinssätze, und dies nur im Bereich längerer Laufzeiten, aus. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer dramatisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen für und in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon eine Stimulierung der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, zu erwarten. Aufkommende Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung würden sich wahrscheinlich in Form von Prämien für das enthaltene Zinsrisiko und damit positiv auf die Margen im Kundengeschäft auswirken.

Zusätzlich würde ein Regimewechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere

im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten werden.

Beschleunigte Umsetzung der Integration bietet Chancen

Die Integration der Postbank in den Konzern Deutsche Bank ist ein wesentlicher Baustein der im Jahr 2012 begonnenen Strategie 2015+ des Konzerns, die ab dem Jahr 2015 volle Früchte tragen soll. Der Großteil der Maßnahmen und Investitionen war für die Jahre 2013 und 2014 geplant. Im abgelaufenen Jahr konnten im Gesamtkonzern mit unter den Erwartungen liegenden Aufwendungen bereits substantiell über den Erwartungen liegende Einsparungen erzielt werden.

Für die Postbank ergeben sich hieraus Chancen, gegenüber den Prämissen der Prognose zeitlich früher anfallende und betraglich höhere Synergien zu erzielen und/oder hierfür geringere integrationsbedingte Kosten aufwenden zu müssen.

Chancen bieten sich auch im Hinblick auf unsere Strategie des Abbaus von Bilanz- bzw. Risikopositionen (De-Risking), diesen Prozess schneller und mit geringeren Ergebnisbelastungen als geplant fortzusetzen. Dies wird maßgeblich durch die weitere Entwicklung des Marktumfelds in Bezug auf die Entwicklung der Nachfrage und der Preise der relevanten Vermögenspositionen bestimmt werden.

Regulierungsumfeld weiterhin unsicher

Als Teil des Deutsche Bank Konzerns wird die Postbank auch vom Übergang der Bankenregulierung für 124 europäische Finanzinstitute auf die Europäische Zentralbank im November 2014 erfasst. Diesem Prozess sind eine eingehende Bilanzprüfung und ein Stresstest vorgeschaltet. Die Kriterien für die Prüfung und auch das Stressszenario werden erst im zweiten Quartal 2014 näher spezifiziert.

Die Postbank rechnet im Vorfeld mit einem erheblichen Aufwand für die Vorbereitung des Konzerns auf die einheitliche europäische Bankenaufsicht und die Umsetzung ihrer noch nicht ausformulierten aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Es besteht die Chance, dass die Belastungen sowohl aus dem vorgeschalteten Prüfungsprozess im Verlauf des Jahres 2014 als auch aus der Ausformulierung der endgültigen Aufsichtsbestimmungen geringer ausfallen, als in unseren Planungen vorgesehen.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Externe Einflüsse auf das Risikoprofil

Das Jahr 2013 war von einer schleppenden Konjunkturerholung in Deutschland gekennzeichnet. Nach einem schwachen Start setzte im Jahresverlauf eine Gegenbewegung ein. Diese Erholung stützte sich vor allem auf den privaten Konsum. Für 2014 erwartet die Deutsche Postbank AG (im Folgenden: Postbank) eine Beschleunigung des Wachstums. Die positive Entwicklung der Stimmungskennzeichen im letzten Quartal des Berichtsjahres spricht für einen soliden Start in das neue Jahr. Die Schwankungen bei Produktion und Auftragseingängen der letzten Monate verdeutlichen aber auch die Anfälligkeit für Störungen der Entwicklung. Die moderaten Wachstumserwartungen werden auch mittelfristig durch die Inlandsnachfrage gestützt. Die prognostizierte Entwicklung der Binnenkonjunktur ist damit auch eine Folge der sehr soliden Lage am deutschen Arbeitsmarkt. Für den Verlauf des Jahres 2014 ist von einem weiteren Beschäftigungsaufbau auszugehen. Makroökonomische Schlüsselrisiken für 2014 sind aus Sicht der Postbank außerhalb Deutschlands zu suchen. Eine Fortsetzung der fiskalischen Konsolidierung in den meisten Staaten der Eurozone, wenngleich deutlich abgemildert, impliziert aus deutscher Sicht eine Phase relativ schwacher Exportnachfrage. Allerdings hat sich das Jahr 2013 insbesondere für die Peripheriestaaten des Währungsraums, wie von der Postbank erwartet, als Phase der Bodenbildung gezeigt. Sowohl für die Eurozone insgesamt als auch für die meisten Einzelstaaten ist für den Jahresverlauf 2014 ein Wachstum zu erwarten. Die positiven Konjunkturerwartungen spiegeln auch die Entwicklung der Anleiherenditen in den Krisenstaaten wider. Mit Irland konnte Ende Dezember zudem das erste Land den Euro-Rettungsschirm verlassen und eine erste Anleihe platzieren. Vor dem Hintergrund dauerhafter Niedrigzinspolitik, der hohen Liquiditätsversorgung sowie einer wieder anspringenden Konjunktur erwartet die Postbank kurzfristig kein erneutes Aufflammen der Schuldenkrise. Allerdings bestehen fundamentale Schwächen, wie z. B. die hohen Schuldenstände der Staatshaushalte sowie deren Ursachen, nach wie vor. Die Verwundbarkeit gegenüber Marktverwerfungen bleibt daher hoch. Die Lage für die europäischen Banken sollte sich 2014 leicht verbessern. Sie sind wieder profitabel, auch wenn hierfür bislang weniger Verbesserungen bei den Erträgen oder Ausgaben als vielmehr die geringeren Sonderbelastungen verantwortlich waren. Der Druck, die Kapitalquoten zu steigern, dürfte dank der erheblichen Fortschritte in den vergangenen beiden Jahren abnehmen. Momentan schrumpfen die Banken jedoch noch stark – eine Entwicklung, die einer schnellen Erholung des Euroraums 2014 im Wege stehen wird.

Die Weiterentwicklung der bankaufsichtlichen Regelungen im Jahr 2013 umfasst zahlreiche Themenfelder, wie beispielweise SEPA, Sanierung und Abwicklung etc. Diese stellen für die Banken nicht nur Verschärfungen der bisherigen Regelungen dar, sondern sind auch mit großen Herausforderungen im Hinblick auf die Umsetzung verbunden. Das Jahr 2013 stand auch bei der Postbank im Zeichen der Vorbereitungen zur Umsetzung des Basel-III-Regelwerks und der Umsetzung der im Dezember 2012 veröffentlichten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie weiterer neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Daneben wurde, bezogen auf das Risikomanagement

der Postbank, die Integration der Risikosteuerungsprozesse in die des Deutsche Bank Konzerns (im Folgenden: Deutsche Bank) weiter fortgesetzt.

Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. 2013 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Gruppenebene stets eingehalten worden. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene der Postbank Gruppe und umfasst folglich die Deutsche Postbank AG. Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben. Durch den fortgeführten Abbau von Risikopositionen sowie den Verkauf von Teilportfolios konnte die Postbank das zur Abdeckung ihrer Risiken genehmigte Risikokapital im Verlauf des Berichtsjahres 2013 senken.

Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank auf dem Kundengeschäft. Insgesamt besitzt die Postbank einen deutlich geringeren Risikoappetit als in den Vorjahren. Die Marktrisiken lagen zum Jahresultimo 2013 aufgrund des Abbaus von Finanzanlagen und der weiter rückläufigen Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde von einem gegenüber den Vorjahren besseren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, das vor allem gestützt wurde durch die nach wie vor sehr gute Situation am Arbeitsmarkt, die Immobilienpreisentwicklung sowie die Entwicklung der deutschen Industrie. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikoversorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Engagement innerhalb der Postbank sehr eng überwacht.

Für das Jahr 2014 erwarten wir eine stabile Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem insgesamt positiven makroökonomischen Umfeld.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank war 2013 – wie im Vorjahr auch – insbesondere von der Zinsentwicklung und den Credit-Spread-Risiken an den europäischen Anleihemärkten geprägt. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen fortgesetzt hat, sieht sie ihre Kapitalmarktbestände weiterhin Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu potenziellen Barwertveränderungen und einem entsprechend erhöhten Risikoausweis führen können. Bedingt durch ein geringeres Spread-Risiko, ging der Value-at-Risk (VaR) im Berichtsjahr kontinuierlich zurück.

Ausblickend rechnen wir bei unveränderten Marktvolatilitäten für das kommende Jahr mit einer Risikoauslastung auf vergleichbarem Niveau wie Ende 2013.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Für das Jahr 2014 strebt die Postbank eine gezielte Nutzung und die damit verbundene Reduktion der hohen Überschussliquidität an. Die Liquiditätssituation insgesamt wird, einhergehend mit einem insgesamt positiven makroökonomischen Umfeld, als weiterhin stabil erwartet.

Operationelle Risiken

Das OpRisk-Schadenprofil der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Der Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den „High-frequency/low-impact-Schäden“, also Fällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrmals pro Jahr auftreten.

Aufgrund der initiierten und teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken in den nächsten Jahren aus.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Im Mai 2013 wurde der Risikoausschuss des Aufsichtsrats gemäß § 25d KWG neu gegründet, der den Aufsichtsrat u. a. in Fragen zu Risikoappetit, Risikoprofil und Risikostrategie berät.

Dem Chief Risk Officer wurde im Jahr 2013 zusätzlich die Verantwortung für den Bereich Operations Financial Markets zugeordnet, der für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management zuständig ist.

Mit Schreiben vom 13. Juni 2013 erhielt die Postbank die Zulassung zur Anwendung des fortgeschrittenen Messansatzes zur Eigenkapitalunterlegung von Adressausfallrisiken (A-IRBA) für folgende Portfolios: Firmenkunden Inland, Banken und Commercial Real Estate UK. Die Postbank nutzt daher seit dem 30. Juni 2013 für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den A-IRBA. Die Anwendung des A-IRBA für wesentliche Teile des Portfolios Gewerbliche Immobilienfinanzierungen wird für das erste Halbjahr 2014 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 wurden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines im Jahr 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. In den Themenbereichen „Compliance Function“ und „Funds-Transferpricing“ werden, entsprechend den diesbezüglichen aufsichtsrechtlichen Übergangsregelungen, die Arbeiten im Jahr 2014 abgeschlossen.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank bereits im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und seitdem weiter vorangetrieben. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Auf- bzw. Ausbau der notwendigen Datenbasis sowie der IT-Infrastruktur und -Prozesse zur Erstellung der gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) ab 2014 geforderten Meldung der Liquiditätskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR). Darüber hinaus wurden auch die entsprechenden Steuerungsprozesse und -reports weiterentwickelt. Das Projekt wird planmäßig Mitte 2014 mit der weitgehenden Automatisierung der LCR/NSFR-Meldungen – soweit auf Basis der bislang vorliegenden Spezifizierung möglich – abgeschlossen. Die technische Umsetzung wird flexibel aufgesetzt, um die bei Vorliegen der finalen Spezifikation erforderlichen Anpassungen möglichst zeitnah vornehmen zu können. Auch die regulatorischen Vorgaben für die ergänzenden Meldungen zum Liquiditätsrisiko liegen entgegen den Ankündigungen noch nicht final vor (erster Meldetermin voraussichtlich Mitte 2015). Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten werden sich deshalb zumindest in Teilen bis in das Jahr 2015 erstrecken.

Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und der Bank die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Einen wesentlichen Erfolg des Integrationsprozesses im Berichtsjahr 2013 stellt für die Risikoart „Operationelle Risiken“ die von der Aufsicht zugelassene Einbeziehung der Postbank in das AMA-Modell der Deutschen Bank dar. Die Postbank wird hierbei bis auf Weiteres parallel ihren eigenen AMA-Ansatz auf Ebene der Postbank Gruppe verwenden.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer bankweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift im Rahmen der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten.

Die Postbank hat mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Risikozuordnungen und Risikodefinitionen auch vor dem Hintergrund der Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank vorgenommen. Unter anderem werden Reputationsrisiken nun den Geschäftsrisiken zugeordnet. Immobilienrisiken und Beteiligungsrisiken sind Bestandteil der Marktstrisiken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

• Marktstrisiken

Marktstrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit-Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktstrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Handels- und im Anlagebuch, hierunter fallen auch die Marktstrisiken aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank (Immobilienrisiken).
- b) Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden (Beteiligungsrisiken).

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.

b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.

c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung: das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT):

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Sonstige Risiken, insbesondere Reputationsrisiken und strategische Risiken, fallen nicht unter den Begriff Operationelle Risiken.

- Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.
- c) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird bankweit durch die zentralen und die angebotenen dezentralen Einheiten wahrgenommen.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. den im Mai 2013 neu gegründeten Risikoausschuss des Aufsichtsrats. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie der Bank ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Art und Umfang der Risikoprävention sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements ist die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und operationelle Exzellenz. Dabei wird die Risiko-Governance kontinuierlich weiterentwickelt, um eine einheitliche Risikokultur im Konzern zu etablieren.

Zur Risikovermeidung werden Geschäftsfelder hinsichtlich ihres Risikoappetits beschränkt, Mindestvorgaben für die Kreditqualität der Portfolios und Limite festgelegt sowie Maßnahmen zur Risiko-Mitigation aufgesetzt. Zur weiteren Reduzierung von Konzentrationsrisiken wurde das im Zuge der Finanzmarktkrise betriebene De-Risking auch 2013 fortgesetzt. Hierzu wurden beispielsweise das strukturierte Kreditportfolio SCP und High-Yield-Bonds veräußert.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	vierteljährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditäts-risikoprofils Analyse und Bewertung der Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Geschäftseinheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktriskokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationsrisikokomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet. Als weiteres Gremium wurde 2013 das Non-Core-Operating-Unit-Komitee zur Steuerung und Planung der Non-Core-Portfolios der Postbank eingerichtet, das seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllt.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist bankweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage der Postbank.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikocontrolling“ wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collections“ bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich „Operations Financial Markets“ ist verantwortlich für die Geschäftsabwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management. Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Kreditbearbeitung Sicherheitenmanagement Qualitätssicherung
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watchlist Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Abwicklung Handelsgeschäfte Collateral Management

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionnahme ist bei der Postbank auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Treasury/ALM (Asset Liability Management), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Die operative Steuerung der Markt Risiken bei der Postbank erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Treasury/ALM bzw. für das Non-Core-Geschäft im Ressort Chief Operating Office. Darüber hinaus steuert Treasury/ALM operativ das Liquiditätsrisiko mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion

der Markt- und Liquiditätsrisiken werden zentral von den Abteilungen Marktrisiko- bzw. Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Giro Risiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikocontrolling wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Markt Bereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“. Die bankweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Postbank ist in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank Gruppe sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) einbezogen. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse stellt hierbei den sogenannten ökonomischen Substanzwert dar und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital (bisher gemäß Basel II, ab 2014 gemäß Basel III) und einem dem Risikoappetit der Postbank Gruppe entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisko werden als nicht wesentlich betrachtet.

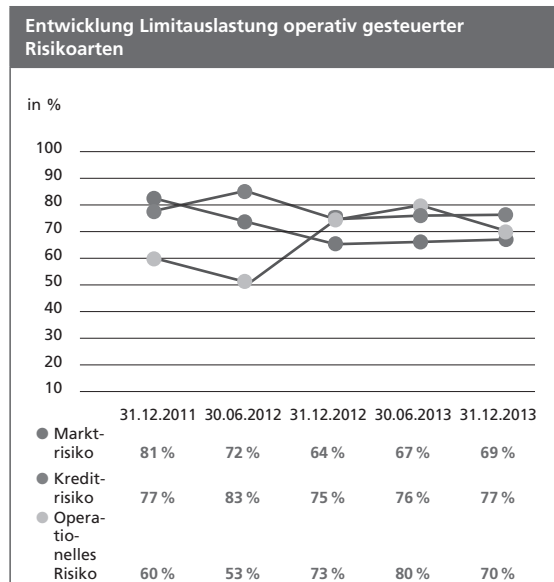
Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse durch den Einfluss der Ertragslage und sonstiger Effekte auf die Eigenkapitalbestandteile sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Hierfür wird ein Puffer gebildet, indem nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse tatsächlich als Limite für die einzelnen Risikoarten allokiert wird. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den Risikoarten anhand von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodellspezifische Risiken (Operationelle Risiken, Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch bankweit gültige Limite gesteuert.

Die Risikotragfähigkeit wird auf Ebene der Postbank Gruppe berechnet. Die Risikotragfähigkeit der Postbank Gruppe war jederzeit gegeben. Die für die operativ limitierten Risikoarten zugewiesenen Limite wurden sowohl auf Ebene der Postbank Gruppe als auch für die Deutsche Postbank AG jederzeit eingehalten.

Nachstehende Grafik veranschaulicht für die Postbank Gruppe die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Die Postbank hat Maßnahmen zur Reduktion von Konzentrationsrisiken ergriffen. Dabei wurde im Jahr 2013 gezielt das Exposure in den GIIPS-Staaten weiter abgebaut.

Das Commercial-Real-Estate-Portfolio ist weitestgehend auf Deutschland bzw. auf Europa fokussiert. Hierbei wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposures erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Bankweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten- übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt Risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markt Risiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	operative Marktfolge- einheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/ Watch-List, Risikokonzentrationen, Risk-Weighted-Assets (RWA)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditäts- risiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäfts- risiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2013 die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland (Commercial Real Estate), Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes (A-IRBA) lässt eine risikoadäquatere Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zu. Mit Schreiben vom 13. Juni 2013 erhielt die Postbank die Zulassung zur Anwendung des A-IRBA für folgende Portfolios: Firmenkunden Inland, Banken und Commercial Real Estate UK. Die Postbank nutzt daher seit dem 30. Juni 2013 für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den A-IRBA. Die Anwendung des A-IRBA für wesentliche Teile des Portfolios Gewerbliche Immobilienfinanzierungen wird für das erste Halbjahr 2014 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank auf Ebene des Konzerns einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA). Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 Kreditwesengesetz (KWG) in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur bankweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 wurden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. In den Themenbereichen „Compliance Function“ und „Funds-Transferpricing“ werden, entsprechend den diesbezüglichen aufsichtsrechtlichen Übergangsregelungen, 2014 noch abschließende Arbeiten erfolgen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

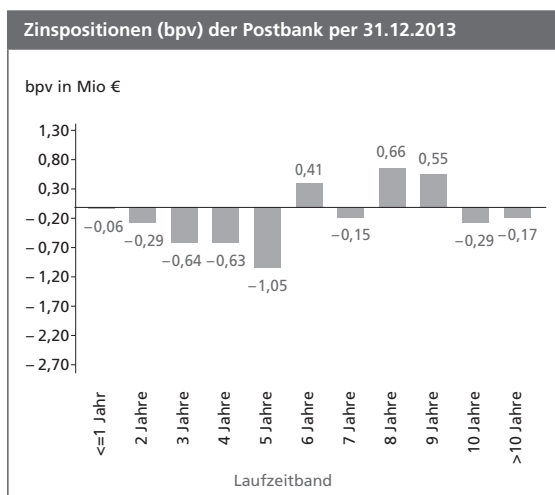
Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Bankebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden laufend auf ihre Angemessenheit überprüft. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2013 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung.



Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt bei der Postbank auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit-Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2013 wurden keine wesentlichen Anpassungen am Marktrisikomodell vorgenommen.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sub-Limiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2013 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) mit fünf „Ausreißern“ ein nur geringfügig außerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegendes Resultat. Sämtliche Backtesting-Ereignisse wurden detailliert auf ihre Ursachen hin analysiert. Als Ergebnis kann die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens unverändert bestätigt werden.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen der Bank.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 (sowie für das Vergleichsjahr 2012) folgende VaR-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

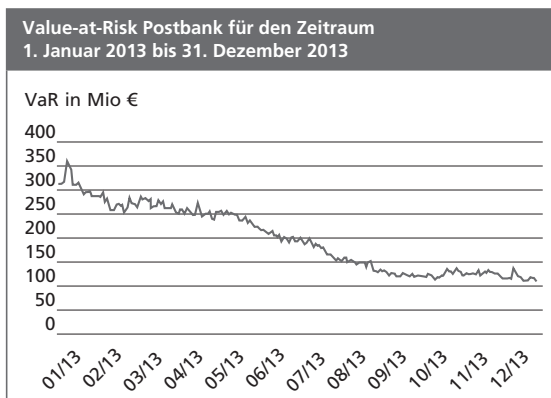
Value-at-Risk Marktrisiken Postbank								
Marktrisikokarten	Bestand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2012 Mio €
Zinsrisiken	40,4	47,6	89,1	109,5	19,7	35,7	58,3	64,8
Aktien-/Aktienindexrisiken	3,5	3,2	5,9	8,5	1,7	1,4	2,5	3,1
Währungsrisiken	4,7	27,1	36,5	37,0	3,1	3,5	7,5	14,7
Sonstige Marktrisiken (Spread)	123,7	306,5	361,4	465,4	121,0	300,6	213,3	402,8
Diversifikationseffekte	-53,6	-73,1	-134,3	-148,7	-18,8	-46,8	-85,9	-87,8
Summe	118,7	311,3	366,7	463,6	114,8	299,9	195,6	397,5
davon: Handelsbuch	0,3	4,0	3,5	20,8	0,3	2,8	0,8	11,7

Zum 31. Dezember 2013 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 119 Mio € (zum Vergleich: 311 Mio € per 31. Dezember 2012).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Handels- und des Anlagebuchs inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

In der Entwicklung der Risikokennzahlen des Handelsbuchs spiegelt sich die veränderte Handelsstrategie der Postbank wider, die eine deutliche Reduktion der Handelsaktivitäten und einen Abbau der Risikopositionen vorsieht. Der veränderten Handelsstrategie wurde 2013 zusätzlich durch eine Absenkung der Limite für das Handelsbuch Rechnung getragen. Zum 31. Dezember 2013 lag der VaR des gesamten Handelsbuchs bei nur 0,3 Mio € (zum Vergleich: 4,0 Mio € per 31. Dezember 2012).

Die Entwicklung des VaR für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Bedingt durch ein geringeres Spread-Risiko infolge sinkender Volatilitäten – insbesondere der Positionen europäischer Staats- und Subsovereign/Agency-Anleihen –, ging der VaR im Berichtszeitraum kontinuierlich zurück und lag Ende 2013 deutlich unter den Vorjahreswerten.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Postbank unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 hielt die Deutsche Postbank AG 43 (per Vorjahresultimo: 59) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II bzw. gemäß Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch 2013 neben den laufenden Integrationsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen. Verflechtungen eines Kreditnehmers werden über ein Konzept für Schuldnergesamtheiten berücksichtigt.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingte sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitgeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Für die Postbank steht die Weiterentwicklung der vorhandenen Sicherheitenmanagement-Systemlandschaft weiter im Fokus.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Kreditheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungseingestuft (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus wird das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand ermittelt. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvoreilhaftigen Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Kreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Kreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zum Jahresende 2012 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Buchwerte). Da das EC inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur auf Konzernebene gezeigt.

Kreditrisiken	Volumen ¹		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ²	
	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2013 Mio €	31.12. 2012 Mio €
Retail	75.999	77.057	274	236	781	987
Firmenkunden	16.541	18.546	66	32	465	350
Financial Markets	51.406	60.821	6	11	343	310
Non Core Operating Unit	13.481	27.159	19	83	709	651
Pensionsfonds	k.A.	k.A.	0	k.A.	5	k.A.
Gesamt	157.427	183.583	364	363	2.302	2.297

¹Angaben per 31. Dezember 2012 angepasst

²Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %

Die Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust und das Economic Capital sind im Jahresvergleich nahezu unverändert. Ab 2013 werden Kreditrisiken aus Anlagen von „Pensionsfonds“ separat ausgewiesen.

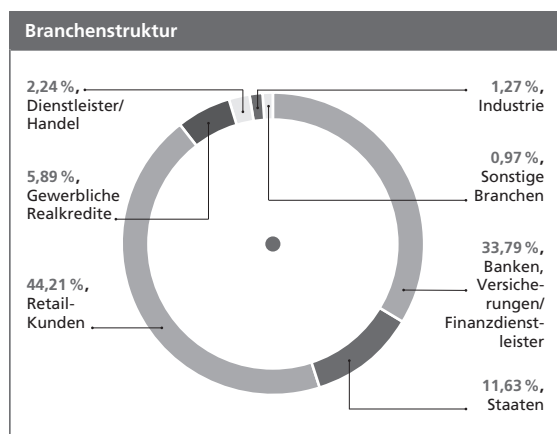
Ein Abbau risikobehafteter Assets erfolgte auf Ebene des Postbank Konzerns in der Non Core Operating Unit (NCOU) vor allem durch Abbau des Structured-Credit-Portfolios, die Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc. sowie den Verkauf von gewerblichen Immobilienfinanzierungen der Deutschen Postbank AG, London Branch. Dies spiegelt sich in einem deutlichen Rückgang des Erwarteten Verlusts wider. Die Erhöhung des Economic Capital in der NCOU resultiert insbesondere aus einer Verschlechterung der Risikoparameter bei einzelnen Adressen mit hoher Risikokonzentration.

Der Anstieg des Economic Capital in den Segmenten Firmenkunden und Financial Markets sowie der Rückgang des Economic Capital im Segment Retail Banking sind vor allem auf die Rekalibrierung des Kreditportfoliomodells zurückzuführen, die das Segment Retail Banking begünstigt und der hohen Granularität des Portfolios Rechnung trägt. Des Weiteren führte in den Segmenten Firmenkunden und Retail Banking die Weiterentwicklung von Ratingmodellen zu einem Anstieg der Risikokennzahlen, insbesondere beim Erwarteten Verlust.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

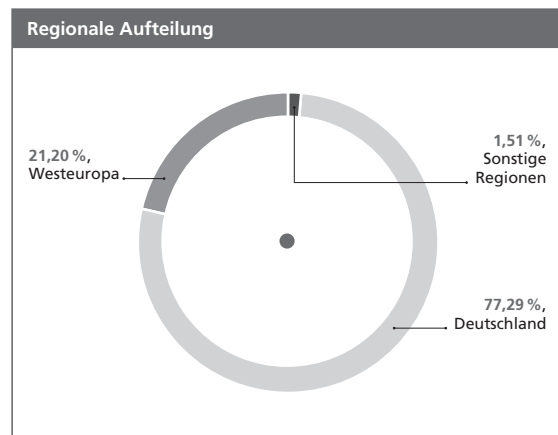
Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.



Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

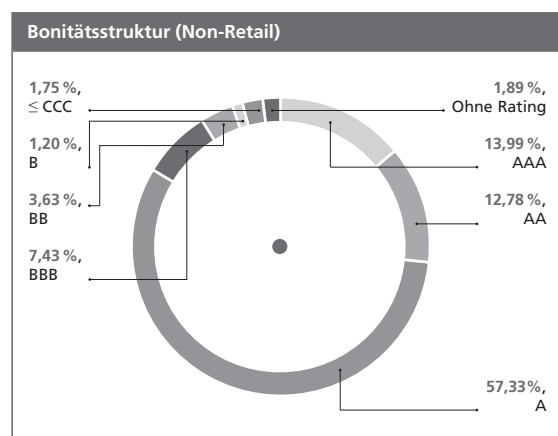
Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

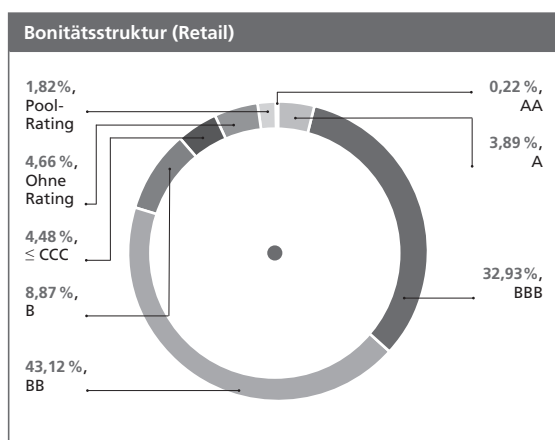


Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Analog veranschaulicht die folgende Grafik die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2013 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist – vor allem als Folge der Einführung neuer Bestandsmodelle für Ratenkredit- und Baufinanzierungsportfolios sowie als Folge der Rekalibrierung bestehender Ratingmodelle – eine Verschiebung der Ratingstruktur zu den weniger guten Ratingklassen auf. Begründet ist dies u. a. darin, dass Altbestände zuvor mittels Pool-Ratings abgebildet wurden und nun mit dem neu eingeführten Bestandsrating für Baufinanzierungen individuell bewertet werden.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditersatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte (Structured Credit Products – SCP) investiert. Nachdem im ersten Halbjahr 2013 der Abbau des Bestands an risikoreicheren Asset Backed Securities (ABS) und Collateralized Debt Obligations (CDO) abgeschlossen wurde, besteht das Portfolio aktuell aus zurückgenommenen Eigenverbriefungen (RMBS) und wertberichtigten Beständen. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings) geratet.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen.

Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank die Transaktion „PB Domicile 2006-1“ mit einem Volumen in Höhe von 1.158 Mio € im Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der per Stichtag kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Chief Operating Office der Deutschen Postbank AG. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Postbank die Funktion eines „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Ebene der Postbank Gruppe besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

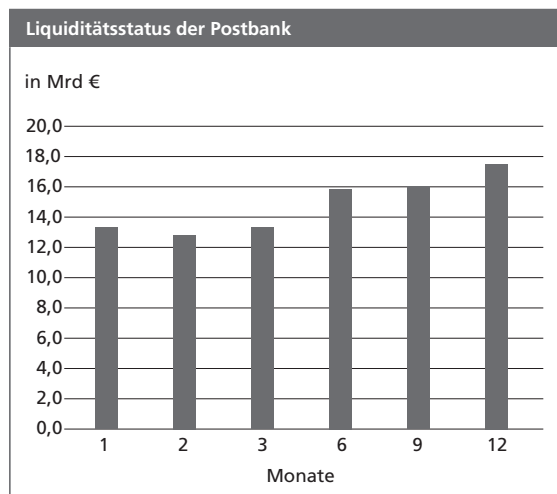
Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Aktuell sind keine nennenswerten Refinanzierungsmaßnahmen am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als

mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglichen Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2013. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

onen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Jahr 2013 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stress-effekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken
Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum signifikant gestiegen. Zum Beispiel mehrten sich die Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Ein Großteil der Klagen und

Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds bis zum Jahr 2008.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Bedingt durch das Auftreten neuer, bisher nicht bekannter Betrugsmuster, kam es im Berichtsjahr dennoch zu einem Anstieg der Verluste.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Deutsche Postbank AG den Standardansatz.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Unternehmensfinanzierung	–	–
Handel	14	13
Privatkundengeschäft	340	329
Firmenkundengeschäft	48	55
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	0
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	–	–
Wertpapierprovisionsgeschäft	8	9
Summe Deutsche Postbank AG	411	407

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Bankfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIA) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit dieser Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkennlinien definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es

im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Postbank.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Deutsche Postbank AG der Anforderung des

§ 289 Abs. 5 HGB nach. Die Deutsche Postbank AG erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,

- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, Interner Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256a HGB, §§ 264–286 HGB, §§ 289–289a HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen Qualitätsgesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein orga-

nisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – im Gleichklang mit der Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet, ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 6. Oktober 2010 wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Neufassung ersetzt, die zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Die strukturellen Anforderungen in Bezug auf die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses (Ausschuss des Aufsichtsrats) sowie der Funktion eines Vergütungsbeauftragten sind bereits von den zuständigen Gremien beschlossen worden. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV werden von der Postbank zeitgerecht umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

PROGNOSEBERICHT

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2014 in einer Phase der Wachstumsbeschleunigung. Impulse sind insbesondere von den entwickelten Volkswirtschaften zu erwarten. Viele Industrieländer sollten ihre Wachstumsschwäche überwunden haben. Unterstützung erhält deren Konjunktur durch die weiterhin expansive Geldpolitik. Zudem hat der Druck zur fiskalischen Konsolidierung abgenommen. Die von dieser Seite ausgehenden Effekte, die das Wachstum in den letzten Jahren deutlich gebremst haben, sollten deshalb nachlassen. Vom Aufschwung in den Industrieländern sollten insbesondere auch die aufstrebenden Länder mit einem starken Exportsektor profitieren. Risiken für das globale Wachstum könnten vor allem von Turbulenzen an den Finanzmärkten ausgehen, falls diese infolge des sich abzeichnenden Aufschwungs vorzeitig Zinserhöhungen durch die Notenbanken einpreisen. Ein Wiederaufflammen der Staatsschuldenkrise im Euroraum könnte das Wachstum ebenfalls erheblich dämpfen. Auf der anderen Seite könnten die globalen Auftriebskräfte eine stärkere Eigendynamik entwickeln, als derzeit erwartet. Der IWF rechnet für 2014 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,6 % nach einem Plus von 2,9 % im Jahr 2013.

In den USA dürfte die Nachfrage 2014 auf breiter Front wachsen. Die deutliche Verbesserungstendenz am Arbeitsmarkt sollte zu einer verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs führen. Die Bauinvestitionen werden wohl erneut recht kräftig ausgeweitet. Deutliche Impulse sind auch von den Unternehmensinvestitionen zu erwarten. Der Staatsverbrauch wird aufgrund der sich abzeichnenden Einigung auf ein reguläres Budget die Konjunktur anders als in den Vorjahren wohl nicht mehr belasten. Exporte und Importe sollten sich deutlich beleben. Per saldo dürften aus dem Außenhandel aber keine stärkeren Wachstumseffekte resultieren. Insgesamt wird sich das BIP-Wachstum voraussichtlich spürbar beschleunigen. Wir rechnen für 2014 mit einem BIP-Wachstum von 3,5 %.

Die japanische Wirtschaft befindet sich in einem stabilen Aufschwung. Das Exportwachstum sollte sich aufgrund der globalen Wachstumsbeschleunigung 2014 deutlich verstärken, sodass vom Außenhandel wohl ein positiver Wachstumsimpuls ausgehen wird. Auch die Binnennachfrage sollte sich im Trend weiter beleben. Impulse sollten vor allem von den Unternehmensinvestitionen ausgehen. Die beabsichtigte kräftige Anhebung des Mehrwertsteuersatzes dürfte jedoch den privaten Verbrauch vorübergehend spürbar belasten. Das BIP wird deshalb voraussichtlich mit 0,7 % deutlich schwächer wachsen als im Vorjahr.

Die allmähliche Erholung der Konjunktur im Euroraum dürfte sich 2014 fortsetzen und dabei im Jahresverlauf leicht verstärken. Infolge der Verbesserung des globalen Umfelds sollte sich das Exportwachstum beleben. Da aber auch die Importe stärker zunehmen dürften, wird der Außenhandel voraussichtlich einen geringeren Wachstumsbeitrag leisten als in den Vorjahren. Die Staaten dürften zwar ihren Konsolidierungskurs fortsetzen, jedoch in deutlich abgeschwächtem Maße. Die Belastungen der privaten Haushalte über Steuer- und Abgabenerhöhungen sollten deutlich nachlassen und zusammen mit einer Stabilisierung an den Arbeitsmärkten eine leichte Zunahme des privaten Verbrauchs ermöglichen. Bei gleichzeitiger Belebung der Weltkonjunktur und

einem weiteren Abebben der Staatsschuldenkrise sollte dies eine Erholung der Bruttoanlageinvestitionen von sehr niedrigem Niveau aus ermöglichen. Insgesamt dürfte die konjunkturelle Dynamik aber noch verhalten bleiben und 2014 nur zu einem moderaten BIP-Wachstum von 1,0 % führen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Deutschland befindet sich zum Jahreswechsel im Übergang von einer wirtschaftlichen Erholung zu einem konjunkturellen Aufschwung. Eine spürbare Belebung ist bei den Exporten zu erwarten, die sowohl von dem sich verstärkenden globalen Wachstum als auch von der sich stabilisierenden Nachfrage im Euroraum profitieren sollten. Bei gleichzeitig deutlich steigenden Importen dürfte der Außenhandel aber nur einen geringen Beitrag zum BIP-Wachstum leisten. Die Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds reduziert die Unsicherheit für die Unternehmen, die deshalb ihre Investitionszurückhaltung aufgeben sollten. In der Folge könnten die Ausrüstungsinvestitionen deutlich steigen. Auch bei den Bauinvestitionen zeichnet sich, getragen vor allem vom Wohnungsbau, ein Zuwachs ab. Aufgrund der regeren Investitionstätigkeit wird die Zahl der Erwerbstätigen wohl erneut kräftig steigen, und die Arbeitslosigkeit sollte im Jahresverlauf sinken. Dies schafft günstige Voraussetzungen für steigende Einkommen der privaten Haushalte und bei einer weiterhin sehr niedrigen Inflationsrate auch für eine anhaltende Zunahme des privaten Verbrauchs. Das Wachstum des BIP dürfte sich deshalb 2014 deutlich auf 1,5 % verstärken.

Märkte

Die Belastung der globalen Märkte durch die EWU-Staatsschuldenkrise sollte 2014 weiter nachlassen. Die davon ausgehenden Risiken bleiben aber präsent. Sollte sich die Konjunktur im Euroraum entgegen unserer Erwartung nicht weiter erholen, könnte die Krise erneut aufflammen. Gleiches gilt für den Fall politischer Turbulenzen. Vor diesem Hintergrund, vor allem aber aufgrund der nur verhaltenen konjunkturellen Erholung und der niedrigen Inflation im Euroraum dürfte die Geldpolitik der EZB sehr expansiv bleiben. Sie wird ihren Leitzins 2014 unserer Einschätzung nach konstant bei 0,25 % halten. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens im späteren Verlauf des Jahres 2015. Zudem sollte die EZB 2014 an ihren unkonventionellen Maßnahmen wie der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften festhalten. Für den Fall, dass die Konjunktur erneut in eine Rezession zurückfällt oder die Inflationsrate nochmals sinkt, halten wir auch eine weitere Reduzierung des Leitzinses nicht für ausgeschlossen. Eine Absenkung des Einlagenzinsatzes in den negativen Bereich wäre unseres Erachtens aber auch unter diesen Voraussetzungen unwahrscheinlich. Eher dürfte die EZB, falls erforderlich, zusätzliche Sondermaßnahmen ergreifen, wie z. B. neuerliche langfristige Refinanzierungsgeschäfte oder auch Ankäufe von Anleihen am Sekundärmarkt. Von einer Aktivierung des OMT-Programms (Outright Monetary Transactions) gehen wir allerdings nicht aus, da derzeit kein EWU-Mitgliedsland die entsprechenden Bedingungen erfüllt. Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins 2014 in der Spanne von 0 % bis 0,25 % belassen. Ihr Ankaufprogramm für Anleihen sollte sie aber im Jahresverlauf beenden, wobei das Tempo in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängen dürfte.

Die Normalisierung der Verhältnisse am Rentenmarkt sollte sich 2014 fortsetzen. Bei einem weiteren Abebben der EWU-Staatsschuldenkrise würde die Funktion von Bundesanleihen

als „sicherer Hafen“ weiter an Bedeutung verlieren. In den USA dürfte die allmähliche Abkehr der Fed von ihrer extrem expansiven Geldpolitik zu tendenziell höheren Renditen von Staatsanleihen führen, was auch auf den deutschen Markt ausstrahlen sollte. Die sich verbessernde konjunkturelle Lage im Euroraum spricht ebenfalls für anziehende Kapitalmarktzinsen. Das Steigerungspotenzial sollte jedoch durch die expansive Geldpolitik der EZB und durch die weiterhin niedrige Inflation im Euroraum begrenzt bleiben. Wir rechnen deshalb für 2014 mit einer leichten Erhöhung der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf 2,25 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen sind gespalten. Einerseits sollten sie prinzipiell von der erwarteten konjunkturellen Belebung profitieren. Da sich die Risikoprämien aber bereits auf niedrigen Niveaus befinden, sehen wir per saldo nur noch geringes Potenzial für eine weitere Einengung. Die allmähliche Abkehr der US-Notenbank von ihrer extrem expansiven Geldpolitik birgt zudem Risiken. Insbesondere wenn die Marktteilnehmer frühzeitig beginnen sollten, Leitzinserhöhungen einzupreisen, könnten sich die Renditeaufschläge ausweiten. Hiervon wären dann voraussichtlich Anleihen mit geringer Bonität am stärksten betroffen.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir eine weitere Einengung für möglich, sofern die Haushaltsdefizite nachhaltig gesenkt werden und sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum, wie erwartet, fortsetzt. Die Risikoaufschläge sind aber in den meisten Fällen bereits so weit zurückgegangen, dass von einer klaren Übertreibung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Spielräume für ein weiteres Hereinlaufen der Spreads sind deshalb inzwischen eng begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen bei einem Wiederaufflammen der Krise anfällig für Rückschläge bleiben.

Branchensituation

Eine deutliche und nachhaltige Verbesserung des operativen Geschäfts sowie die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen dürften für deutsche Banken bis Ende 2014 zentrale Themen bleiben. Hierbei sollte die laufende Bilanzprüfung durch die EZB und die vollumfängliche Übernahme der Aufsicht durch die EZB über die bedeutendsten Kreditinstitute des Euroraums ab dem 4. November 2014 von besonderer Bedeutung sein.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken erschweren. Bis Ende 2014 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg. Ausweitungen der Zinsmarge dürften daher nur eingeschränkt möglich sein, zumal der harte Wettbewerb im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment nicht nur das Provisionsergebnis, sondern auch die Zinsmarge belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher nur schwer erreichbar sein. Die niedrigen Finanzierungskosten könnten aber das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies würde sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend

schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2014 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarks mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch bis Ende 2014 Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten überwiegend innerhalb der einzelnen Institutsgruppen erfolgen. Nennenswerte Veränderungen der Marktstellung bzw. der Wettbewerbssituation einzelner Banken dürften sich auf die Landesbanken beschränken.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse der deutschen Bankenbranche können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch 2014 wird weiterhin das Programm Magellan zur Schaffung einer gemeinsamen Retail-Plattform für Postbank und Deutsche Bank verfolgt, das darauf ausgelegt ist, durch die Vereinheitlichung von Systemen Synergien zu erreichen. Ihm wird auch in den nächsten Jahren parallel zu den Investitionen in die Einhaltung und Anpassung von regulatorischen Themen größtes Gewicht im Investitionsportfolio der Postbank zukommen. Zu den Letztgenannten zählen u. a. die Erfüllung von Liquiditäts- und Kapitalanforderungen sowie von bilanzrechtlichen Vorgaben, SEPA, Basel III und verschiedene Verbraucherschutzthemen. Lifecycle-Investitionen werden im Jahr 2014 – soweit technisch notwendig – umgesetzt, jedoch nach Möglichkeit vermieden, soweit ihre Erfordernis im Zuge der Einführung von Magellan entfällt.

Umsetzung von Basel III

Zum 1. Januar 2014 sind in Umsetzung der Vorgaben aus dem Basel-III-Rahmenwerk des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht die Neuregelungen der CRD IV und der CRR in Kraft getreten. Aus diesen ergeben sich sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird beobachtet.

Die Umstellung auf die neuen Regelungen von Basel III wird bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein kombinierter Kapitalpuffer aufzubauen.

Die Postbank hat seit 2012 im Rahmen entsprechender Projektaktivitäten die Umsetzung der Anforderungen aus der CRD IV und der CRR in ihren Systemen und Prozessen vorangetrieben. 2014 werden zusätzlich die Neuerungen aus den sogenannten Technical Standards implementiert, deren Veröffentlichung sukzessive bis in das dritte Quartal 2014 hinein geplant ist.

Die Postbank hat ihre Eigenkapitalbasis bereits in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und ist so für die Umsetzung von Basel III gut vorbereitet. Daneben hat die De-Risking-Strategie der Postbank dazu beigetragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad (Leverage) deutlich zu reduzieren.

AUSBLICK

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation der Postbank
Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2014 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der weiter fortschreitenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbeiräte positiv beeinflussen. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien werden allerdings kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Realisierung der gemeinsamen IT-Plattform. Die derzeit erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus der Integration sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

Neben der Fortführung unserer De-Risking-Strategie haben wir uns zum Ziel gesetzt, das Bilanzvolumen der Postbank weiter zu reduzieren, um anstehenden regulatorischen Vorgaben (insbesondere Leverage Ratio) proaktiv zu begegnen. Dabei nehmen wir auch die ergebniswirksame Realisierung von Verlusten in Kauf, die in gewissem Umfang im Plan für 2014 enthalten sind. Ein über den Plan hinausgehender Risiko- bzw. Bilanzabbau könnte zu Abweichungen gegenüber dem nachfolgenden Ausblick führen.

Im Einzelnen erwarten wir, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2014 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus insgesamt auf dem Niveau des Jahres 2013 bewegen wird. Das Zinsergebnis dürfte sich dabei insbesondere aufgrund auslaufender hochverzinslicher Fälligkeiten auf der Passivseite verbessern. Im operativen Kerngeschäft erwarten wir ebenfalls eine stabile Entwicklung, wobei steigende Erträge im Kreditgeschäft die rückläufigen Erträge aus dem Einlagen-geschäft kompensieren sollten. Belastende Einmaleffekte erwarten wir aus dem geplanten aktiven Abbau des Bilanzvolumens.

Der Provisionsüberschuss dürfte im Jahr 2014 leicht ansteigen; dies resultiert insbesondere aus wachsenden Erträgen im Wertpapier- und Girogeschäft.

Im Nettoergebnis des Handelsbestands gehen wir für das Jahr 2014 – ähnlich wie im Jahr 2013 – von einem leicht negativen Ergebnis aus.

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gehen wir von einem spürbaren Anstieg aus. Dieser resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg im Kerngeschäft, der insbesondere auf geplante Geschäftsausweitungen zurückzuführen ist. Teilweise kompensiert werden soll der Anstieg durch konsequentes De-Risking.

Der prognostizierte Anstieg der Zinsen im Jahr 2014 führt zu einer deutlichen Belastung der Risikovorsorge im Wertpapiergeschäft in Höhe eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags, nach einem leicht positiven Ergebnis im Jahr 2013.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand erwarten wir für das Jahr 2014 eine leicht steigende Tendenz. Diese stammt insbesondere aus höheren integrationsbedingten Aufwendungen und steigenden Leistungsverrechnungen mit verbundenen Unternehmen.

Insgesamt gehen wir insbesondere aufgrund der negativen Entwicklung der Risikovorsorge im Wertpapiergeschäft wegen des erwarteten Zinsanstiegs von einem nahezu ausgeglichenen Vorsteuerergebnis aus.

Der Ausblick basiert auf der aktuell verabschiedeten Mittelfristplanung. Die Gremien der Postbank haben zum Jahresende 2013 unter bestimmten Bedingungen einer Bündelung von Servicegesellschaften in einer Holding innerhalb des Deutsche Bank Konzerns zugestimmt. Aufgrund der aufschiebenden Bedingungen sind die Auswirkungen auf das Ergebnis der Postbank noch nicht reflektiert. Die Postbank würde an dieser Holding maßgeblich beteiligt sein. Bei Umsetzung dieser Maßnahme, die voraussichtlich im Jahresverlauf 2014 durchgeführt werden soll, wird es zu einem positiven Effekt im Beteiligungsergebnis kommen. Unter Einbeziehung dieser Transaktion erwarten wir für 2014 ein leicht positives Vorsteuerergebnis.

Zudem ist es möglich, dass das operative Geschäft der bisherigen Tochtergesellschaft Deutsche Postbank International S.A. in Luxemburg künftig in einer neuen Niederlassung der Postbank in Luxemburg betrieben wird. Die Umsetzung würde das Ergebnis des vorliegenden Ausblicks voraussichtlich ebenfalls positiv beeinflussen.

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 21. Februar 2014

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013 – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN

Aktiva	Vorjahr				31.12.2013	
	€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				897.189.622,92		955
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				93.015.245,07		843
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	91.248.201,77	841			990.204.867,99	
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				2.602.817.814,11		4.065
b) andere Forderungen				31.256.616.196,46		27.910
darunter:						
Hypothekendarlehen	30.084.139,76	56				
Kommunalkredite	20.000.000,00	20			33.859.434.010,57	
3. Forderungen an Kunden						
darunter:						
Hypothekendarlehen	23.503.478.848,51	25.528				
Kommunalkredite	3.408.362.515,27	3.729			64.723.505.021,38	67.424
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0,00			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0				
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00		0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	0,00	0				
ba) von öffentlichen Emittenten			14.016.259.836,15			13.299
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14.016.259.836,15	13.203				
bb) von anderen Emittenten			11.669.998.792,12	25.686.258.628,27		13.125
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.641.404.772,19	11.758				
c) eigene Schuldverschreibungen				0,00		0
Nennbetrag	0,00	0			25.686.258.628,27	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					13.386,70	454
5a. Handelsbestand					5.684.657.298,64	14.542
6. Beteiligungen						
darunter:						
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	0			24.508.535,36	15
7. Anteile an verbundenen Unternehmen						
darunter:						
an Kreditinstituten	548.278.032,46	548				
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.046.461,58	12			6.295.945.625,69	9.273
8. Treuhandvermögen						
darunter: Treuhandkredite	618.813.212,91	704			630.362.222,47	757
9. Immaterielle Anlagewerte						
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				32.294.789,08		38
c) Geschäfts- oder Firmenwert				15.360.000,04		27
d) geleistete Anzahlungen				0,00	47.654.789,12	0
10. Sachanlagen					410.540.617,10	426
11. Sonstige Vermögensgegenstände					1.130.647.163,08	1.540
12. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				87.427.199,38		98
b) andere				36.980.652,24	124.407.851,62	44
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					129.673.564,96	0
Summe der Aktiva					139.737.813.582,95	154.836

Passiva	Vorjahr				31.12.2013	Vorjahr
	€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				7.763.437.762,85		1.290
a) täglich fällig				8.112.381.869,67		11.400
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist						
darunter:						
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	110.643.626,33	113				
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	230.758.765,00	466				
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte						
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0				
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0				
gemischt gedeckte Namensschuldver-						
schreibungen lt. DSLBÜmwG	1.098.829.127,32	1.117			15.875.819.632,52	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		46.295.090.255,72				47.729
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist						
von mehr als 3 Monaten		134.271.540,73	46.429.361.796,45			144
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.551.761.455,63			1.515
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			198.008.595,14			225
d) gemischt gedeckte Namensschuld-						
verschreibungen lt. DSLBÜmwG			11.635.724.980,24			11.988
e) andere Verbindlichkeiten						
ea) täglich fällig			36.915.984.718,96			40.513
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			3.262.245.702,47	40.178.230.421,43		7.619
darunter:						
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen						
an den Darlehensgeber ausgehändigte						
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0				
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0			99.993.087.248,89	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			4.500.403.754,21			6.161
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.593.434.750,28			1.625
ac) gemischt gedeckte Schuldverschrei-						
bungen lt. DSLBÜmwG			0,00			0
ad) sonstige Schuldverschreibungen			1.090.428.392,15	7.184.266.896,64		1.511
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				0,00		41
darunter: Geldmarktpapiere	0,00	41			7.184.266.896,64	
3a. Handelsbestand					5.514.063.104,96	10.482
4. Treuhandverbindlichkeiten						
darunter: Treuhandkredite	618.813.212,91	704			630.362.222,47	757
5. Sonstige Verbindlichkeiten					1.125.617.815,55	1.616
6. Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				21.012.391,02		40
b) andere				16.904.397,07	37.916.788,09	23
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und				0,00		697
ähnliche Verpflichtungen				35.302.613,84		51
b) Steuerrückstellungen				499.417.233,61	534.719.847,45	442
c) andere Rückstellungen						
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					2.926.556.361,85	3.285
9. Genusssrechtskapital						
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	296.000.000,00	115			1.151.500.000,00	1.167
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken						
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	3.146.210,79	3			2.023.458.518,28	1.773
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital				547.000.000,00		547
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter				20.225.837,62		20
c) Kapitalrücklage				1.090.499.481,11		1.090
d) andere Gewinnrücklagen				1.082.719.827,52		1083
e) Bilanzgewinn				0,00	2.740.445.146,25	0
Summe der Passiva					139.737.813.582,95	154.836

			31.12.2013	Vorjahr
			€	Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen ¹	1.401.579.844,46		1.401.579.844,46	3.210
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	-
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-	-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.428.368.572,01		6.428.368.572,01	11.747

¹Verpflichtungen aus Patronatsklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2013 BIS 31. DEZEMBER 2013
 Vergleichszahlen vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Aufwendungen	Vorjahr		31.12.2013		Vorjahr
	€	Mio €	€	€	
1. Zinsaufwendungen				1.784.080.176,78	2.449
2. Provisionsaufwendungen				299.267.944,10	320
3. Nettoaufwand des Handelsbestands				11.949.997,33	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			494.192.178,67		521
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	127.772.746,00	131	172.914.451,91	667.106.630,58	180
b) andere Verwaltungsaufwendungen				1.959.622.259,93	1.741
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				37.747.014,25	27
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				139.043.567,11	119
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				157.283.688,50	628
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				346.704.271,68	110
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme				3.363.595,94	99
10. Außerordentliche Aufwendungen				15.252.926,32	28
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon: aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	0,00	409		-67.430.360,49	446
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen				5.595.708,97	3
13. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn				150.863.450,00	0
14. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				250.000.000,00	5
15. Jahresüberschuss				0,00	0
Summe der Aufwendungen				5.760.450.871,00	6.675

Erträge	Vorjahr		31.12.2013	
	€	Mio €	€	Mio €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			3.138.283.751,17	3.809
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			695.771.694,85	853
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			769.220,33	1
b) Beteiligungen			374.775,86	0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			198.540.783,74	545
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			202.104.527,01	185
4. Provisionserträge			737.539.069,21	740
5. Nettoertrag des Handelsbestands davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,0	-3	0,00	28
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			307.623.684,62	81
7. Sonstige betriebliche Erträge			479.443.364,21	433
Summe der Erträge			5.760.450.871,00	6.675

	31.12.2013	Vorjahr
	€	Mio €
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0
2. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0

ANHANG DEUTSCHE POSTBANK AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

A. ALLGEMEINE ANGABEN ZUR GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES SOWIE ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS- METHODEN

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr, abgesehen von der Berücksichtigung bonitätsinduzierter Bewertungsabschläge bei derivativen Geschäften (Credit-Value-Adjustment und Debit-Value-Adjustment) sowie der Implementierung der OIS-Diskontierung (Overnight-Index-Swap-Diskontierung), unverändert.

2. Bilanzierung und Bewertung

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens (mit Ausnahme des Handelsbestands) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Für Strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. RMBS, werden indikative Kurse (Arranger Quotes) genutzt. Somit fließen in größtmöglichem Umfang Marktdaten in die Bewertung ein. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die Postbank sichert Vermögensgegenstände und Schulden durch Microhedges gegen Zinsänderungsrisiken ab und bilanziert diese als Bewertungseinheiten. Ziel der Microhedges ist es, Zinsschwankungen bei Vermögensgegenständen und Schulden durch betrag-, währungs- und laufzeitkongruente Derivate abzusichern.

Die Bildung von Bewertungseinheiten erfolgt nach den Vorgaben des § 254 HGB unter Beachtung des IDW RS HFA 35. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktwertänderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sie sich ausgleichen (effektiver Teil), werden sie bilanziell sowohl beim Grundgeschäft als auch beim Sicherungsinstrument (sonstige Vermögensgegenstände/sonstige Verbindlichkeiten) berücksichtigt (Durchbuchungsmethode). Ineffektive Wertänderungen des Sicherungsinstruments werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Bei Auflösung erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen für Microswaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden mit dem Buchwert des Sicherungsinstruments und gegebenenfalls für ineffektive Wertänderungen erfasste Drohverlustrückstellungen verrechnet. Ein verbleibender Betrag wird erfolgswirksam vereinnahmt. Die während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung beim Grundgeschäft erfassten Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko werden über die Restlaufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst.

Die Postbank bildet Bewertungseinheiten zwischen Vermögensgegenständen bzw. Schulden als Grundgeschäft und Zinsswaps als Sicherungsinstrumente. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Buchwert der abgesicherten Vermögensgegenstände 7.186 Mio € und der abgesicherten Schulden –9.647 Mio €. Am Abschlussstichtag betragen die Wertänderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Vermögensgegenstände als Grundgeschäfte entfallen, 422 Mio € und die Wertänderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Schulden als Grundgeschäft entfallen, –454 Mio €. Dagegen standen Wertänderungen der Sicherungsinstrumente von –420 Mio € für Vermögensgegenstände bzw. 452 Mio € für Schulden. Zum Abschlussstichtag haben sich Wertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument nahezu ausgeglichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertänderungen des Grundgeschäfts werden über ein laufzeitkongruentes Sicherungsinstrument bis zur Endfälligkeit des Grundgeschäfts abgesichert.

Handelsbestand

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die

Kriterien der Postbank für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach § 1a Abs. 1 KWG (alt) sowie die Regelungen des § 340e HGB. Die Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbestand haben sich nicht geändert.

Der Ausweis der Handelsbestände erfolgt unter der Bilanzposition Handelsbestand auf der Aktiv- bzw. Passivseite. In dieser Bilanzposition zeigt die Postbank im Wesentlichen Handelsbestände an Derivaten und Geldhandelspositionen.

Im Bereich des besicherten Geldhandels wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung, Lagerstelle und gleichem Kontrahenten vorgenommen, sofern die Aufrechnungsbedingungen erfüllt sind. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, wird der beizulegende Zeitwert durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis von Bewertungsmethoden werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spreadkurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden neben den Zinskurven auch bonitätsinduzierte Wertanpassungen (Credit Value Adjustment/Debit Value Adjustment) berücksichtigt. Die oben genannten Bewertungsparameter beeinflussen maßgeblich den beizulegenden Zeitwert. Hinsichtlich der Angabe zu Art, Umfang und Laufzeit des Handelsbestands verweisen wir insbesondere auf die Tabellen unter dem Kapitel VI. Termingeschäfte.

Das sich ergebende Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Auf den Handelsbestand der Postbank wurde im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2013 ein Risikoabschlag in Höhe von 2,1 Mio € (Vorjahr: 5,3 Mio €) ermittelt und erfolgswirksam gegen den Nettoaufwand des Handelsbestands eingestellt. Als Berechnungsverfahren wird der Value-at-Risk (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolios genutzt. Darüber hinaus sind bonitätsinduzierte Belastungen (Credit/Debit Value Adjustment) von Handelsderivaten in Höhe von

1,6 Mio € sowie Belastungen aus der Implementierung der OIS-Bewertung in Höhe von 7,6 Mio € erfolgswirksam gegen den Nettoaufwand des Handelsbestands gestellt worden.

Derivate des Nichthandelsbestands

Sofern Derivate (insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements, Aktien- und Indexderivate) nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden diese als schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt.

Das realisierte Ergebnis aus Derivaten des Nichthandelsbestands wird je nach Zweck des Derivats im Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft bzw. im Zinsergebnis erfasst.

Wurden negative Wertveränderungen in der Folgebewertung festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung im Rahmen der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention (Verlustfreie Bewertung des Bankbuchs).

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung stellt die Postbank jährlich zum 31. Dezember dem handelsrechtlichen Buchwert den Barwert des Zinsbuchs gegenüber. Dabei werden Zinsderivate, die im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kontrahiert werden, mit einbezogen. Sollte der Barwert den Buchwert unterschreiten, wird eine Rückstellung gebildet.

Bei Optionen, bei denen die Postbank Optionsberechtigte ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Gezahlte Initial Margins werden in dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Im Falle einer zur Absicherung von Derivaten vorgenommenen Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtlichem und wirtschaftlichem Eigentümer ausgewiesen.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte werden sowohl zur Liquiditätssteuerung als auch mit Handelsabsicht gehalten. Die aus diesen Geschäften in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2013 wurden Wertpapiere als Sicherheiten mit einem Buchwert in Höhe von 6.952 Mio € übertragen (Vorjahr: 3.812 Mio €).

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände
Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs.1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Für den Geschäfts- und Firmenwert wird eine betriebliche Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt. Die Gründe für die Länge der Nutzungsdauer liegen in der Annahme der Schätzung der voraussichtlichen Nutzung.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 410 € werden im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Postbank bildet gemäß § 250 HGB Rechnungsabgrenzungsposten. Die Auflösung erfolgt entsprechend dem Aufwand bzw. Ertrag der Rechnungsperiode.

Latente Steuern

Die Postbank aktiviert aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG keine latenten Steuern mehr. Ein Umlagevertrag wurde nicht abgeschlossen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzins-Methode amortisiert.

Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2013 betragen die Pensionsverpflichtungen 729 Mio €.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet. Als versicherungsmathematisches Verfahren verwendet die Postbank für die Berechnung die „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Berechnung zugrunde:

	31.12.2013	31.12.2012
Rechnungszinsfuß	4,89 %	5,05 %
Gehaltsdynamik	2,50 %	2,70 %
Anpassungsrate für Renten	2,00 %	2,20 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit/Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Im Jahr 2013 hat die Postbank ihre Pensionsverpflichtungen mittels eines Contractual Trust Arrangements (CTA) vollständig ausfinanziert.

Aufgrund der Bewertungsvorgaben für Altersversorgungsrückstellungen, die durch das BilMoG am 29. Mai 2009 in Kraft getreten sind, ergab sich bei der Postbank zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag zum bisherigen Recht in Höhe von 66,6 Mio €, der bis 2024 mit mindestens einem Fünfzehntel jährlich zugeführt werden muss. Bis zum 31. Dezember 2013 wurden kumuliert 52,1 Mio € zugeführt, davon im Geschäftsjahr 2013 15,3 Mio €, sodass sich ein Restunterschiedsbetrag in Höhe von 14,5 Mio € ergibt. Die jährlichen Zuführungsbeträge werden jeweils erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig. Für die in Vorjahren in die

betriebliche Altersversorgung der Bank übernommen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP), versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrags gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Die anderen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Zinskurve bewertet. Der aus der Aufzinsung resultierende Zinseffekt wird für bankgeschäftliche Rückstellungen als Zinsaufwand und für nicht-bankgeschäftliche Rückstellungen als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 256a HGB mit den am Abschlussstichtag gültigen Devisenkassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgte eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und den Verzicht auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i. V. m. § 256a HGB). Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Erfolgsrechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt unmittelbar und mittelbar im Wesentlichen über die DB Finanz-Holding GmbH am 31. Dezember 2013 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank.

Der an den Börsen handelbare Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Die Postbank wird im Konzernabschluss der Deutschen Bank AG vollkonsolidiert.

Die Postbank hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Verordnung über die RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als beherrschendem Unternehmen.

IV. KWG-Grundsätze

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

Die zum 31. Dezember 2013 gemeldete regulatorische Tier-I-Quote beträgt 10,5 % und die Gesamtkennziffer 15,6 %. Diesen Quoten liegen die auf dem zuletzt testierten Jahresabschluss (31. Dezember 2012) basierenden Eigenmittel zugrunde. Die auf Basis der aktuellen Eigenmittel zum 31. Dezember 2013 ermittelte Tier-I-Quote beträgt 11,0 % und die Gesamtkennziffer 16,3 %.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUST- RECHNUNG

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	15.888	13.041
Forderungen an Kunden	1.620	1.011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.120	4.339
Sonstige Vermögensgegenstände	246	279
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	3	7
Forderungen an Kunden	41	45
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	61

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute an verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus Termingeldern und Wertpapierpensionsgeschäften gegenüber der BHW Bausparkasse AG.

Die Reduzierung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert aus der vereinbarten Tilgung von mehreren Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 1.150 Mio €. Im Berichtsjahr wurden Schuldverschreibungen von der Deutschen Bank AG mit einem Nennwert von 950 Mio € erworben.

Der Rückgang der nachrangigen Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere resultiert aus vorzeitiger Fälligkeit sowie aus Veräußerung.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20	20
davon vier Jahre oder länger	20	20

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.209	18.981
davon weniger als vier Jahre	203	246
davon vier Jahre oder länger	16.006	18.735
Sicherung durch Grundpfandrechte	23.503	25.528
davon als Deckung verwendet	12.855	15.252
Kommunaldarlehen	3.408	3.729
davon als Deckung verwendet	3.408	3.729

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	25.686	26.424
Geldmarktpapiere Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	14.016	13.265
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	0	34
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	11.030	12.253
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	640	872
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	2.712	3.737

Im Anlagevermögen sind 20 Wertpapiere mit einem Buchwert von 2.712 Mio € (Vorjahr: 3.661 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags, Abschreibungen in Höhe von 223 Mio € (Vorjahr: 385 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um zehn Anleihen von Banken (Buchwert 581 Mio €, Marktwert 574 Mio €) und zehn Staatsanleihen (Buchwert 2.132 Mio €, Marktwert 1.915 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind.

Die Wertänderungen bei den festverzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer.

Die Handelsaktivitäten der Postbank umfassen den Handel mit derivativen Finanzinstrumenten sowie Geldhandelsforderungen und -verbindlichkeiten. Der Handelsbestand wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierauf wird ein Abschlag in Höhe des 10-Tages-VaR vorgenommen, der zusammen mit der bonitätsinduzierten Wertanpassung von Derivaten gesondert ausgewiesen ist.

Handelsbestand	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.390	7.781
Geldhandelsforderungen	298	6.704
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	62
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Risikoabschlag	-4	-5

In den Geldhandelsforderungen werden Reverse Repos in Höhe von 295 Mio € (Vorjahr: 6.691 Mio €) bilanziert. Die daraus entstandenen Zinsen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 113 Mio €) werden als Zinserträge erfasst.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	6	5
davon börsennotiert	6	5
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	2.976	3.655
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	2.976	3.655

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Wechselkurs-/Zinsabgrenzungsänderungen	Kumulierte Abschreibungen	Kumulierte Zuschreibungen	Restbuchwert	Abschreibung Geschäftsjahr	Zuschreibung Geschäftsjahr
	01.01.2013 Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	31.12.2013 Mio €	2013 Mio €	2013 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.832	0	-579	-13	-6	0	7.234	0	0
Beteiligungen	26	26	-1	0	-28	2	25	-17	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	10.153	1.139	-3.853	0	-1.533	390	6.296	-329	67
Sachanlagen	859	3	-5	0	-446	0	411	-21	0
Immaterielle Anlagewerte	97	0	0	0	-49	0	48	-17	0
Gesamt	18.967	1.168	-4.438	-13	-2.062	392	14.014	-384	68

Bei den Abgängen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelte es sich im Wesentlichen um eine endfällige Anleihe mit einem Buchwert von 415 Mio €. Des Weiteren sind aufgrund der Anwendung der Durchbuchungsmethode für die bestehenden und aufgelösten Bewertungseinheiten -94 Mio € als zinsinduzierte Wertveränderungen aktiviert sowie -60 Mio € Agien erfolgswirksam ausgebucht worden.

Im Geschäftsjahr wurden Beteiligungen an geschlossenen Fonds in Höhe von 17 Mio € übernommen und in gleicher Höhe vollständig abgeschrieben.

Des Weiteren hat die Postbank eine Beteiligung als Kommanditistin an der Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG übernommen. Der Anteil am Kommanditkapital beträgt 27,81 % (9 Mio €).

Die Zuschreibung entfällt in voller Höhe auf die Beteiligung an der HYPOPORT AG.

Die Zu- und Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Am 4. Januar 2013 erwarb die Postbank sämtliche Anteile des Teilgesellschaftsvermögen PB 24 der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen von der PB Capital Corporation (1.028 Mio €). Am 27. März 2013 wurden diese Aktien gegen Auszahlung ihres korrespondierenden Anteils am Gesellschaftskapital zurückgegeben (1.028 Mio €). Das Teilgesellschaftsvermögen PB 24 wurde aufgelöst. Hieraus entstand ein Buchgewinn in Höhe von 2 Mio €.

Darüber hinaus enthalten die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen die Erhöhung der Kapitalrücklage der DSL Holding AG i.A. in Höhe von 103 Mio € sowie der Postbank Finanzberatung AG in Höhe von 7 Mio €. Die

Abwicklung der DSL Holding AG i.A. wurde mit Verteilung der Schlussrate des Abwicklungserlöses (58 Mio €) am 13. Dezember 2013 beendet.

Die Postbank als Aktionärin hat ihre sämtlichen Aktien an den Teilgesellschaftsvermögen PB 03 bis PB 07, PB 10, PB 12, PB 15 bis PB 18, PB 20 und PB 22 gegen Auszahlung ihres korrespondierenden Anteils am Gesellschaftskapital zurückgegeben (2.258 Mio €). Diese Teilgesellschaftsvermögen wurden ebenfalls aufgelöst. In Zusammenhang mit der Rückgabe wurde ein Buchgewinn in Höhe von 96 Mio € erzielt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurde die PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe und die Gesellschaften Postbank Funding LLC I bis IV sowie Postbank Funding Trust I bis IV an die Deutsche Bank AG veräußert (506 Mio €). Aus der Veräußerung resultiert ein Gewinn in Höhe von 141 Mio €.

Weitere Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die vierteljährliche Rückzahlung der Kommanditanteile der DSL Portfolio GmbH & Co. KG (2 Mio €) sowie die Verschmelzung der BHW Direktservice GmbH auf die PB Sechste Beteiligungen GmbH (1 Mio €).

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die BHW Holding AG (202 Mio €), die DSL Holding AG i.A. (81 Mio €), die Postbank Filialvertrieb AG (45 Mio €) sowie die easyhyp GmbH (1 Mio €).

Die Zuschreibung von 67 Mio € entfällt in voller Höhe auf die Betriebs-Center für Banken AG.

Die Sachanlagen entfallen im Wesentlichen auf die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude (399 Mio €) sowie auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (11 Mio €). Im Geschäftsjahr wurden Sachanlagen mit einem Buchwert von 2 Mio € veräußert. Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Immobilien vorgenommen (2 Mio €).

In den Abschreibungen der immateriellen Anlagewerte sind außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäfts- und Firmenwertes der Niederlassung London in Höhe von 8 Mio € enthalten. Die im Bestand befindlichen immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf die von der Postbank Systems AG übernommenen Nutzungsrechte der Corebanking-Plattform.

Investmentvermögen

	Buchwert	Marktwert	Differenz Markt-/ Buchwert	Ausschüt- tung	Tägliche Rückgabe- möglich- keit	Unter- lassene Abschrei- bung
	Mio € 31.12.2013	Mio € 31.12.2013	Mio € 31.12.2013	Mio € 2013		Mio € 31.12.2013
PB Spezialinvest						
TGV PB 02	467	467	0	12	Ja	0
TGV PB 03	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 04	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 05	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 06	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 07	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 08	475	502	27	15	Ja	0
TGV PB 09	529	531	2	14	Ja	0
TGV PB 10	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 11	609	610	1	15	Ja	0
TGV PB 12	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 13	333	336	3	9	Ja	0
TGV PB 14	333	333	0	8	Ja	0
TGV PB 15	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 16	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 17	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 18	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 20	0	0	0	0	Ja	0
TGV PB 21	193	207	14	7	Ja	0
TGV PB 22	0	0	0	0	Ja	0
Sonstige Fonds						
Rentenfonds	0	0	0	0	Ja	0

Die Teilgesellschaftsvermögen haben als Anlageziel den Kauf von Unternehmensanleihen (Investmentgrade/High Yield). Des Weiteren befinden sich Wertpapiere im Bestand, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Unternehmen ausgewiesen. Die Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die Teilgesellschaftsvermögen haben im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 80 Mio € ausgeschüttet. Die tägliche Rückgabe ist bei allen Fonds gewährleistet. Es wurde keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen werden in den Anteilen an verbundenen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Derivative Sicherungsinstrumente	666	1.083
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	248	282
Steuererstattungsansprüche	77	74
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	73	73
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	11	0

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven positiven Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen aus Gewinnabführung von insgesamt 202 Mio €. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Postbank Filialvertrieb AG (109 Mio €), die PB Factoring GmbH (43 Mio €), die Postbank Beteiligungen GmbH (37 Mio €) und die Postbank Systems AG (9 Mio €).

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Abgrenzung Emissionskosten/ Disagio	46	56
Agioabgrenzungen aus Forderungen	32	30
Investitionszuschüsse	12	17

Aktiver Unterschied aus der Vermögensverrechnung

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 130 Mio € resultiert aus der Saldierung der Rückdeckansprüche für Versorgungsansprüche und -anwartschaften der Mitarbeiter im Rahmen der Pensionsversicherung, die von der Deutschen Treuinvest e.V., Frankfurt am Main, in Form von Fondsanteilen verwaltet wird. Der Barwert der Pensionsverpflichtung beträgt 744 Mio €. Der Zeitwert des Planvermögens wird anhand von Marktpreisen der dem Planvermögen zugrunde liegenden Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2013 bewertet und beträgt 859 Mio €. Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen 865 Mio €.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	31.257	27.910
bis 3 Monate	15.535	17.027
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8.684	6.879
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.511	2.115
mehr als 5 Jahre	527	1.889
Forderungen an Kunden	64.724	67.424
bis 3 Monate	5.925	5.792
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.891	7.160
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	22.687	24.793
mehr als 5 Jahre	26.741	27.400
mit unbestimmter Laufzeit	2.480	2.279

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	2.300	3.251

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	2.487	8.428

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Treuhandvermögen	630	757
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	619	704
Forderungen an Kreditinstitute	11	53

Den traditionellen Schwerpunkt des Treuhandgeschäfts bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

Aktive latente Steuern

Aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG werden seit dem Geschäftsjahr 2012 keine aktiven latenten Steuern mehr aktiviert.

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.152	3.545
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	247	2.343
Sonstige Verbindlichkeiten	278	207
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbriefter Form enthalten:		
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.600	1.600
Genussrechte	0	15
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	6

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Kreditinstituten ist auf Wertpapierpensionsgeschäfte mit der Deutschen Bank AG zurückzuführen.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Derivative Sicherungsinstrumente	532	929
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	228	259
Steuerverbindlichkeiten	46	78
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	0	155

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven negativen Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die nicht bankgeschäftlichen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Verbindlichkeit in Höhe von 151 Mio € gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie Verbindlichkeiten aufgrund des Dienstleistungs-Rahmenvertrags gegenüber PB Firmenkunden AG aus Provisionen in Höhe von 35 Mio €.

Darüber hinaus bestehen Umsatzsteuerverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 82 Mio €.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	17	34
Disagio aus gehedgten Wertpapieren	10	0
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	3	10

Handelsbestand	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.478	7.945
Geldhandelsverbindlichkeiten	36	2.538

Im Handelsbestand auf der Passivseite werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands ausgewiesen. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet.

Unter den Geldhandelsverbindlichkeiten werden auch Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag waren aufgrund von Nettings keine Repos mehr in der Bilanz (Vorjahr: 239 Mio €).

Entstandene Zinsen aus diesem Geschäftstyp in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 40 Mio €) werden als Zinsaufwendungen erfasst.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalrückstellungen	298	266
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	9	9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen mit einem Nominal von 1.600 Mio € dar. Diese nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	124	141

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.112	11.400
bis 3 Monate	383	2.681
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	429	979
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.549	3.169
mehr als 5 Jahre	3.751	4.571

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	134	144
bis 1 Jahr	43	49
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	91	95
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.648	21.347
bis 3 Monate	1.024	2.462
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.525	2.882
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.113	4.431
mehr als 5 Jahre	8.986	11.572

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	2.633	1.981
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0	42
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	42

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	2.471	8.317

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	630	757
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	630	757

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Genussrechte	1.152	1.167
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenussscheine	560	575
Namensgenussscheine	592	592

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Fonds für allgemeine Bankrisiken	Mio €
Stand 01.01.2013	1.773
Zuführung gemäß § 340g HGB	250
Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 HGB	0
Stand 31.12.2013	2.023

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die von der Hauptversammlung am 22. April 2009 erteilte Ermächtigung für ein Genehmigtes Kapital wurde mit Wirksamwerden des vorgenannten Beschlusses aufgehoben.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Im Berichtsjahr wurde von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, kein Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Veränderung des Eigenkapitals	Mio €
Stand 01.01.2013	2.740
Gezeichnetes Kapital	547
Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter	20
Kapitalrücklage	1.090
Andere Gewinnrücklagen	
Gewinnrücklagen Bestand 01.01.2013	1.083 Mio €
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0 Mio €
Jahresüberschuss 2013	0
Stand 31.12.2013	2.740

Die Postbank weist für das Geschäftsjahr 2013 nach Abführung eines Gewinns von 151 Mio € an die DB Finanz-Holding GmbH ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Dem haftenden Eigenkapital werden keine nicht realisierten Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 6 oder 7 KWG zugerechnet.

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	20	20

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corporation (PB Capital) in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 582 Mio €) aus. Diese besteht für die Anmietung von Büroräumen. Die Garantie gegenüber der PB Finance, Delaware, USA, für das Commercial-Paper-Programm beträgt 0 Mio € (Vorjahr: 1.230 Mio €). Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen

des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Beginn des Geschäftsjahres 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus den Garantien freizustellen. Der Rückgang ist auf die Rückführung der Geschäfte bzw. kein Auflegen von Neugeschäften durch den Käufer zurückzuführen.

Die Postbank weist außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 473 Mio € (Vorjahr: 345 Mio €) aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten.

Zudem hat die Postbank eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) abgegeben, über die das First Loss Piece eines Retail-Kredit-Portfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

Die zugunsten verbundener Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Ferner zeigt sie im Rahmen einer Verbriefungstransaktion eine Garantie zugunsten der KfW als Sicherungsnehmer unter der Senior Garantie in Höhe von 278 Mio € (Vorjahr: 358 Mio €).

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.428	11.747
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.162	2.168

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 12.353 Mio € (Vorjahr: 12.325 Mio €).

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

Die nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 RechKredV anzugebende Methodik für die Beurteilung und Quantifizierung der ausgewiesenen vertraglich eingegangenen, aber in der Realisierung nicht wahrscheinlichen Haftungs- oder Kreditrisiken sowie der Verpflichtungen aus Geschäften, bei denen die Postbank eine (unwiderrufliche) Vereinbarung getroffen hat und damit künftig einem Kredit- bzw. Liquiditätsrisiko ausgesetzt ist, ist im Lagebericht der Postbank im Abschnitt Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ beschrieben.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von – 179 Mio € (Vorjahr: – 303 Mio €) sowie die Risikovorsorge auf Wertpapiere in Höhe von 22 Mio € (Vorjahr: – 324 Mio €). Durch die Veräußerung von Wertpapieren wurden Kursgewinne in Höhe von 37 Mio € und Kursverluste in Höhe von – 12 Mio € realisiert. Die Zuschreibungen auf Wertpapiere betragen 32 Mio € und die Abschreibungen – 35 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen von 36 Mio € (Vorjahr: 35 Mio €), Gerichts- und Prozesskosten von 49 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €), Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 8 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) sowie Zahlungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Aktionären der DSL Holding AG i. A. in Höhe von 8 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die Abschreibung auf die Beteiligungsbuchwerte der BHW Holding AG (– 202 Mio €), der DSL Holding AG i. A. (– 81 Mio €) und der Postbank Filialvertrieb AG (– 45 Mio €). Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Abschreibungen von geschlossenen Fonds (– 17 Mio €) vorgenommen.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen Buchgewinne aus dem Abgang der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe in Höhe von 141 Mio € sowie Buchgewinne aus dem Abgang der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaften in Höhe von 98 Mio €. Darüber hinaus wurden Zuschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der Betriebs-Center für Banken AG in Höhe von 67 Mio € vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen für Personalaufwendungen in Höhe von 266 Mio € (Vorjahr: 239 Mio €), Mieterträge in Höhe von 63 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 37 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG den bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen resultierenden Unterschiedsbetrag in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 7 EGHGB mit – 15 Mio € (Vorjahr: – 28 Mio €) im außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Die Position Steuern vom Einkommen und Ertrag wird mit einem Ertrag in Höhe von 67 Mio € (Vorjahr: Aufwand 446 Mio €) ausgewiesen. Hiervon entfallen 4 Mio € auf den laufenden Ertragsteueraufwand und 71 Mio € Erträge auf Steuern aus Vorjahren.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Deutschland	2.849	3.316
Übrige	30	76
davon Europa	30	76
Gesamt	2.879	3.392

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss (inklusive laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen), Provisionsüberschuss und Nettoaufwand bzw. Nettoertrag des Handelsbestands.

C. SONSTIGE ANGABEN

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die gesamte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 85 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Wegen der Veräußerung aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, mit Wirkung zum 1. Januar 2013, wurde die Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation

mit Wirkung ab dem 1. Mai 2013 hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Beginn des 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus der Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation freizustellen.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, die Deutsche Postbank Funding LLC II, die Deutsche Postbank Funding LLC III und die Deutsche Postbank Funding LLC IV, alle vier Wilmington, Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Zudem besteht aus der Bankenabgabe ein Nacherhebungsbeitrag (gemäß § 3 Abs. 3 RStruktFV) aus dem Beitragsjahr 2013 in Höhe von 7,6 Mio €.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK Coburg, Talanx-Gruppe und DWS-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse AG getroffenen Kooperationsverträge.

II. Mitarbeiter (durchschnittlicher Personalbestand in Köpfen)

	Gesamt 2013	Gesamt 2012
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.317	2.891
Teilzeit	376	473
Beamte Vollzeit	893	1.524
Beamte Teilzeit	167	379
	3.753	5.267
Nachwuchs		
Auszubildende	186	257
Trainees	0	0
Ausbildungsintegriertes Studium	30	29
	216	286
Gesamtsumme Mitarbeiter	3.969	5.553

III. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigen- kapital T€	Jahres- ergebnis ¹ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	263.905	19.650
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	884.675	0 ²
BHW Eurofinance B.V. in liquidatie, Arnheim, Niederlande	100,0	631	-43
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	754	-128
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ²
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	79.190	-3.262
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ²
BHW Holding AG, Hameln	100,0	742.156	0 ²
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	4.088	1.180 ²
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.809	197
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	3.688	3.064
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ²
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	1.201	643
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	926.965	85.104
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	8.837	139
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	30	4
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	113	7
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	0	-173
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	-87
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	0	-185

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ¹ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	35
Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	27,8	33.030	-31
Nummus Financial GmbH, Eppstein	27,8	34.475	3
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ²
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	53	0
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	6.376.846	278.878
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.140	2
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ²
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	15.858	0 ²
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ²
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	17.104	-8.197
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	10.228	1.559
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ²
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ²
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	10.964	-442
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	124	-1
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ²
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ²
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	35	4
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	4.107	1.429
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	259	20
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	18.165	2.988 ³
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	0
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	34.636	-2.924
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	39.234	1.783

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

³ Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschland e.V. (VÖB) für die Deutsche Postbank AG gehalten.

IV. Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Die Systematik des Vorstandsvergütungssystems wurde im Berichtsjahr nicht angepasst.

Für 2014 hat der Aufsichtsrat eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung des Vergütungssystems, insbesondere im Hinblick auf die Zurückhaltungssystematik beschlossen.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur und die Höhe der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Ferner hat der Aufsichtsrat bei der Bemessung der Vergütungshöhe im Rahmen des vertikalen Vergütungsvergleichs die Vergütung von zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands berücksichtigt.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Konzern-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von z. B. Ergebnisgrößen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernernfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013

Die fünf im Geschäftsjahr 2013 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 6.318,5 T€ (Vorjahr: 10.275,9 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen der Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen insgesamt 3.247,1 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.626,6 T€) und insgesamt 3.071,4 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.649,3 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 614,3 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 929,9 T€) und 614,3 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 929,9 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene, aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1.842,8 T€ (Vorjahr: 2.789,5 T€). Die Auszahlungen der in Phantom Shares umgewandelten und gesperrten Komponenten erfolgen für die Kurzfristkomponente im Geschäftsjahr 2015 und für die Langfristkomponenten nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien in den Geschäftsjahren 2016 bis 2018, andernfalls entfallen die Langfristkomponenten teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 109,1 T€ (Vorjahr: 187,6 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit, wie oben beschrieben (Phantom Shares).

Vorstandsvergütung 2013

	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung	Gesamtsumme Auszahlungen T€	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe T€	Gesamtsumme T€
	Fixum T€	Nebenleistungen T€	Kurzfristkomponente I		Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ² T€	Mögliche Langfristkomponente Aufgeschoben ³ T€		
			Unmittelbare Barauszahlung T€					
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender)	750,0	22,7	150,0	922,7	150,0	450,0	600,0	1.522,7
Marc Heß ⁹	528,0	27,0	106,0	661,0	106,0	318,0	424,0	1.085,0
Hans-Peter Schmid	600,0	22,2	110,3	732,5	110,3	330,8	441,1	1.173,6
Ralf Stemmer	660,0	15,6	127,0	802,6	127,0	381,0	508,0	1.310,6
Hanns-Peter Storr	600,0	21,6	121,0	742,6	121,0	363,0	484,0	1.226,6
Gesamt	3.138,0	109,1	614,3	3.861,4	614,3	1.842,8	2.457,1	6.318,5

¹Für die Zielwerte der Basisjahre 2010 bis 2012 ergibt sich keine rückwirkende Senkung aufgrund individueller Malus-Regelungen.

²Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 10. bis 21. März 2014 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 24. März 2015 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 11. bis 24. März 2015 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde für die am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, dem 23. Mai 2013, gesperrten Phantom Shares ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank Aktie ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet. Die Stückzahl der Phantom Shares der Kurzfristkomponente II 2012, der Langfristkomponente II 2011, 1. Tranche, sowie der Langfristkomponente II 2010, 2. Tranche, wurde entsprechend erhöht. Die Rückumwandlung dieser Komponenten in den Eurobetrag und dessen Auszahlung erfolgen nach Ablauf der Sperrfrist im Geschäftsjahr 2014.

³Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2015, 2016 und 2017 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

⁴Die Langfristkomponente II der ersten Tranche für das Geschäftsjahr 2010 wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 wurde die Stückzahl der Phantom Shares mit 33,85 €, dem Durchschnitt der Aktienkurse vom 6. bis 19. März 2013, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁵Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die dritte Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 10. bis 21. März 2014 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 24. März 2015 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 11. bis 24. März 2015 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

⁶Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2011 wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 wurde die Stückzahl der Phantom Shares mit 33,85 €, dem Durchschnitt der Aktienkurse vom 6. bis 19. März 2013, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁷Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 5 dargestellt behandelt.

⁸Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2012 zur Hälfte in bar im Jahr 2014 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 5 dargestellt behandelt.

⁹Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

¹⁰Die Kurz- und Langfristkomponenten II für Herrn Jütte werden weiterhin in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt.

Auszahlungen für Vorjahre ¹					
	Langfrist- komponente II 2010, 1. Tranche	Langfrist- komponente I 2010, 3. Tranche	Kurzfrist- komponente II 2011	Langfrist- komponente I 2011, 2. Tranche	Langfrist- komponente I 2012, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁴ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁵ T€	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁶ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁷ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁸ T€
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender)	0,0	0,0	59,4	26,5	61,7
Marc Heß ⁹	83,0	70,0	121,0	54,0	52,0
Hans-Peter Schmid	83,0	70,0	106,4	47,5	49,9
Ralf Stemmer	83,0	70,0	112,0	50,0	54,9
Hanns-Peter Storr	0,0	0,0	93,4	41,7	52,5
Gesamt	249,0	210,0	492,2	219,7	271,0

Vorstandsvergütung ehemaliger Vorstandsmitglieder 2013

Auszahlungen für Vorjahre ¹					
	Langfrist- komponente II 2010, 1. Tranche	Langfrist- komponente I 2010, 3. Tranche	Kurzfrist- komponente II 2011	Langfrist- komponente I 2011, 2. Tranche	Langfrist- komponente I 2012, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁴ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁵ T€	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2013 ⁶ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁷ T€	Barauszahlung im Jahr 2014 ⁸ T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012) ¹⁰	102,8	89,9	143,0	62,5	32,9
Dr. Mario Daberkow	83,0	70,0	99,7	44,5	52,0
Horst Küpker	94,9	80,0	112,0	50,0	57,2
Dr. Michael Meyer	83,0	70,0	99,7	44,5	52,0
Gesamt	363,7	309,9	454,4	201,5	194,1
Gesamt Aktive und Ausgeschiedene	612,7	519,9	946,6	421,2	465,1

Vorstandsvergütung 2012

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamt-summe
	Fixum T€	Neben-leistun-gen T€	Kurzfrist-kompo-nente I		Umwand-lung in Phantom Shares und ge-sperrt ¹ T€	Mögliche Langfrist-Kompo-nenten Aufge-schoben ² T€		
			Unmittel-bare Bar-auszah-lung T€					
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2012)	675,0	18,2	123,4	816,6	123,4	370,1	493,5	1.310,1
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012)	450,0	12,7	65,7	528,4	65,7	197,2	262,9	791,3
Dr. Mario Daberkow	600,0	22,8	104,0	726,8	104,0	311,9	415,9	1.142,7
Marc Heß ⁶	594,0	24,2	104,0	722,2	104,0	311,9	415,9	1.138,1
Horst Kúpker	660,0	23,8	114,3	798,1	114,3	343,0	457,3	1.255,4
Dr. Michael Meyer	600,0	32,2	104,0	736,2	104,0	311,9	415,9	1.152,1
Hans-Peter Schmid	600,0	21,6	99,8	721,4	99,8	299,3	399,1	1.120,5
Ralf Stemmer	660,0	14,6	109,7	784,3	109,7	329,2	438,9	1.223,2
Hanns-Peter Storr	600,0	17,5	105,0	722,5	105,0	315,0	420,0	1.142,5
Gesamt	5.439,0	187,6	929,9	6.556,5	929,9	2.789,5	3.719,4	10.275,9

	Auszahlungen für Vorjahre		
	Kurzfrist-kompo-nente II 2010	Langfrist-kompo-nente I 2010, 2. Tranche	Langfrist-kompo-nente I 2011, 1. Tranche
	Auszahlung Phantom Shares im Jahr 2012 ³ T€	Baraus-zahlung im Jahr 2013 ⁴ T€	Baraus-zahlung im Jahr 2013 ⁵ T€
Frank Strauß (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2012)	0,0	0,0	26,5
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2012)	250,6	89,9	62,5
Dr. Mario Daberkow	195,1	70,0	44,5
Marc Heß ⁶	195,1	70,0	54,0
Horst Kúpker	222,9	80,0	50,0
Dr. Michael Meyer	195,1	70,0	44,5
Hans-Peter Schmid	195,1	70,0	47,5
Ralf Stemmer	195,1	70,0	50,0
Hanns-Peter Storr	0,0	0,0	41,7
Gesamt	1.449,0	519,9	421,2

¹ Die Kurzfristkomponente II wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag durch 33,57 € den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012 wurden keine Dividenden gezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2014, 2015 und 2016 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³ Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit dem Kurswert von 21 € in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Die Stückzahl der Phantom Shares wurde mit 29,26 € dem Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 15. März 2012, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁴ Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt wurde, wurde die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag durch 33,57 €, den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

⁵ Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt wurde, wurde die erste Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde wie in Fußnote 4 dargestellt behandelt.

⁶ Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20% gesenkt.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Für die Vorstandsmitglieder Schmid und Stemmer ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Deutsche Postbank AG vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Deutsche Postbank AG das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen

nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am 31.12.2013	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	%	%	€
Hans-Peter Schmid	56	60,00	349.623
Ralf Stemmer	58	60,00	126.740

	Beitragssumme für 2013	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2013	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	€	€	€
Frank Strauß	187.500	454.088	290.771
Marc Heß ¹	165.000	1.775.595	347.404
Hanns-Peter Storr	150.000	475.013	239.935

¹Bei dem Vorstandsmitglied Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 5,07 Mio € (Vorjahr: 3,09 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 73,01 Mio € (Vorjahr: 75,67 Mio €).

V. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 728,4 T€ (Vorjahr: 784,8 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2013 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2013			Geschäftsjahr 2012		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	48,0	93,0	45,0	20,8	65,8
Wilfried Anhäuser	–	10,7	10,7	9,7	19,7	29,4
Dr. Frank Appel	–	–	–	–	17,5	17,5
Marietta Auer	–	10,7	10,7	9,6	20,2	29,8
Rolf Bauermeister	15,0	16,5	31,5	15,0	17,0	32,0
Susanne Bleidt	22,5	1,8	24,3	12,9	1,5	14,4
Wilfried Boysen	15,0	16,3	31,3	15,0	16,8	31,8
Henry B. Cordes	–	–	–	–	4,2	4,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,3	63,3	30,0	34,0	64,0
Annette Harms	–	7,1	7,1	6,4	12,9	19,3
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	22,5	18,0	40,5	19,3	10,6	29,9
Dr. Tessen von Heydebreck	30,0	30,6	60,6	30,0	26,8	56,8
Dr. Peter Hoch	30,0	33,0	63,0	30,0	33,8	63,8
Elmar Kallfelz	–	14,3	14,3	12,9	27,0	39,9
Prof. Dr. Ralf Krüger	–	10,7	10,7	9,7	20,2	29,9
Hans-Jürgen Kummertat	15,0	1,3	16,3	8,6	0,8	9,4
Dr. Hans-Dieter Petram	–	2,0	2,0	–	10,4	10,4
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	30,0	4,3	34,3	17,2	2,8	20,0
Lawrence A. Rosen	15,0	16,5	31,5	15,0	16,0	31,0
Torsten Schulte	–	–	–	–	2,5	2,5
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Sommer	–	–	–	–	6,2	6,2
Eric Stadler	22,5	25,5	48,0	22,5	26,5	49,0
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	25,3	47,8	22,5	26,3	48,8
Renate Treis	30,0	32,0	62,0	30,0	34,3	64,3
Wolfgang Zimny	22,5	3,0	25,5	12,9	1,8	14,7
Summe	367,5	360,9	728,4	374,2	410,6	784,8

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft eine Vergütung in Höhe von 9,2 T€, Herr Heider in Höhe von 8,7 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2013 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 610,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2013 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 550,5 T€ (Vorjahr: 685,0 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

VI. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente insbesondere zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte zu Handelszwecken getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 193 Mrd € (Vorjahr: 213 Mrd €).

Auf der Folgeseite (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen, werden die Nominalvolumen ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf den Folgeseiten erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Geschäfte mit Handelszweck wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt. Bei börsengehandelten Derivaten wird der entsprechende Börsenkurs verwendet.

Die derivativen Geschäfte im Handelsbestand der Postbank (Tabelle 4) werden zum beizulegenden Zeitwert inklusive bonitätsinduzierter Wertanpassungen bewertet und bilanziert. Die bonitätsinduzierte Wertanpassung findet auch für Bankbuchderivate Berücksichtigung.

Eine positive Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt würde eine Veränderung der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. -0,2 Mio € (Vorjahr: -1,4 Mio €) erwirken.

Tabelle 1 Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	187.658	200.081	7.526	10.847	-7.639	-11.112
FRAs	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen	0	0	3	5	-10	-79
Swaptions (long)	0	480	0	66	0	-1
Swaptions (short)	20	830	0	0	0	-122
Caps, Floors	1.265	1.256	7	8	-6	-5
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	188.943	202.647	7.536	10.926	-7.655	-11.319
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	2.435	3.928	18	9	-8	-10
Zins-Währungsswaps	930	5.714	33	112	-14	-254
Devisenoptionen (long) ¹	582	224	1	0	-2	-1
Devisenoptionen (short) ¹	80	0	0	0	-1	-1
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	4.027	9.866	52	121	-25	-266
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen (long)	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	46	182	1	1	0	0
Insgesamt	46	182	1	1	0	0
Kreditderivate						
Käufe	0	52	0	0	0	-1
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	0	52	0	0	0	-1
Gesamtbestand	193.016	212.747	7.589	11.048	-7.680	-11.586

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden.

Tabelle 2 Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten								
Nominalbetrag	Zinsrisiken		Währungsrisiken ¹		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	20.223	26.404	2.143	3.900	46	182	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23.362	23.342	1.075	2.277	0	0	0	10
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	72.637	62.895	631	3.242	0	0	0	42
mehr als 5 Jahre	72.721	90.006	178	448	0	0	0	0
Insgesamt	188.943	202.647	4.027	9.867	46	182	0	52

¹Inklusive Golddoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden.

Tabelle 3 Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	191.699	211.267	7.542	10.956	-7.675	-11.584
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten	1.317	1.480	47	92	-5	-2
Insgesamt	193.016	212.747	7.589	11.048	-7.680	-11.586

Tabelle 4 Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Zinskontrakte	111.814	130.003	5.388	7.781	-5.475	-7.945
Währungskontrakte	1.117	187	2	0	-3	0
Aktienkontrakte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	112.931	130.190	5.390	7.781	-5.478	-7.945

VII. Deckungsrechnung

- Register A und B: Geschlossene Register von Altemissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2013 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	12	1	11
Barwert	13	1	12
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	404	263	141
Barwert	439	284	155
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	14.738	11.964	2.773
Barwert	16.197	14.197	2.000
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	7.374	5.764	1.610
Barwert	8.556	6.493	2.063
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	1.921	1.715	206
Barwert	2.034	1.794	240

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2012 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2012 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	20	1	19
Barwert	22	1	21
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	760	526	234
Barwert	835	570	265
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	15.539	12.799	2.740
Barwert	17.386	15.850	1.536
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	8.778	7.263	1.515
Barwert	10.559	8.355	2.204
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.346	1.740	606
Barwert	2.528	1.874	654

VIII. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehenpfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deckungswerte ²	7.373,7	8.777,9	8.556,4	10.558,8	8.135,6	9.984,3
davon: Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehenpfandbriefe	5.763,5	7.263,5	6.493,1	8.355,4	6.165,7	7.964,9
Überdeckung in %	27,9	20,9	31,8	26,4	32,0	25,4

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deckungswerte ²	1.921,4	2.345,9	2.034,2	2.527,6	1.988,3	2.469,9
davon: Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Pfandbriefe	1.715,0	1.740,0	1.793,9	1.874,0	1.765,9	1.827,3
Überdeckung in %	12,0	34,8	13,4	34,9	12,6	35,2

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Hypothekendarlehenpfandbriefe	Hypothekendarlehenpfandbriefe
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
bis zu 1 Jahr	425,9	432,3	1.010,0	1.500,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	592,9	678,0	1.000,0	1.010,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	677,7	626,7	40,0	1.000,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	873,6	671,0	0,0	40,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	793,9	935,5	15,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	3.038,5	3.801,2	2.604,0	2.536,0
über 10 Jahre	971,2	1.633,2	1.094,5	1.177,5
Summe	7.373,7	8.777,9	5.763,5	7.263,5

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Öffentliche Pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
bis zu 1 Jahr	402,7	478,5	1.500,0	25,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	324,9	570,2	0,0	1.500,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	360,7	328,3	10,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	514,6	153,0	0,0	10,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	72,8	614,6	35,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	243,2	198,9	60,0	95,0
über 10 Jahre	2,5	2,4	110,0	110,0
Summe	1.921,4	2.345,9	1.715,0	1.740,0

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

Gesamtbetrag der zur Deckung für Hypothekendarlehenpfandbriefe verwendeten Forderungen (Nennwert):

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs
Anteil weiterer Deckungswerte (§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)	630,9	1.226,9	11,0 %
davon: weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	465,9	641,0	8,1 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

Gesamtbetrag der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen (Nennwert):

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs
Weitere Deckung gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	0,0	0,0	0,0 %

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen:

	Hypothekendeckungswerte 31.12.2013 Mio €	Hypothekendeckungswerte 31.12.2012 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	6.227,2	7.080,2
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio €	65,7	80,9
mehr als 5 Mio €	0,0	0,0
Summe	6.292,9	7.161,1

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Summe	6.292,9	7.161,1	0,0	0,0

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Deutschland				
Wohnungen	1.122,6	1.319,2	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	4.720,3	5.305,6	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	450,0	536,3	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Deutschland	6.292,9	7.161,1	0,0	0,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Deutschland	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 3a, b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Anzahl der Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren und Rettungserwerbe sowie der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	31.12.2013 Anzahl	31.12.2012 Anzahl	31.12.2013 Anzahl	31.12.2012 Anzahl
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	1	0	0	0
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigen Zwangsversteigerungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

Öffentliche Deckungswerte	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	971,0	717,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	682,1	1.110,6
Summe Deutschland	1.653,1	1.827,6
Belgien		
Staat	0,0	250,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Belgien	0,0	250,0
Frankreich inklusive Monaco		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Frankreich inkl. Monaco	0,0	0,0
EU-Institutionen		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	43,3	43,3
Sonstige Schuldner	45,0	45,0
Summe EU-Institutionen	88,3	88,3
Italien		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Italien	0,0	0,0
Luxemburg		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	155,0	155,0
Summe Luxemburg	155,0	155,0
Niederlande		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Niederlande	0,0	0,0
Österreich		
Staat	25,0	25,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Österreich	25,0	25,0
Gesamtsumme	1.921,4	2.345,9

§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen:

	31.12.2013 Mio €	31.12.2012 Mio €
Deutschland	0,0	0,0
Belgien	0,0	0,0
Frankreich inklusive Monaco	0,0	0,0
EU-Institutionen	0,0	0,0
Italien	0,0	0,0
Luxemburg	0,0	0,0
Niederlande	0,0	0,0
Österreich	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

IX. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Postbank in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Postbank gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Zu den Honoraren des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB verweisen wir auf den Konzernanhang.

X. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben gemeinsam am 17. Dezember 2013 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. NAMEN DER ORGANMITGLIEDER

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Frank Strauß, Bad Nauheim
(Vorsitzender)

Marc Heß, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn

Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2013 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß		Vorsitzender des Vorstands
Funktion	Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin	
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	
Mitglied des Beirats (seit 1. März 2013)	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden	

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Februar 2013)	Postbank Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Februar 2013)	Postbank Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Börsenrats (seit 1. Januar 2014)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (seit 1. März 2013)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 26. Februar 2013) Mitglied des Verwaltungsrats seit 1. Januar 2013)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 18. März 2013) Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 17. März 2013)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Beirats (seit 1. November 2013)	Verband der Sparda Banken e. V., Frankfurt am Main

Hanns-Peter Storr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e. V., Bonn
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen, Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin
Dr. Peter Hoch Privatier, München
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn
Christian Sewing Global Head of Group Audit Deutsche Bank AG, Osnabrück
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal
Hans-Jürgen Kummertat Beamter, Köln
Bernd Rose Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl
Wolfgang Zimny, Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2013 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Wilfried Boysen	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Juni 2013)	Deutsche Annington Immobilien SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG MORI SEIKI AG (vormals Gildemeister AG, Bielefeld)
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Juni 2013)	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Berlin und Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co KG, Hamburg
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	Deutsche Einkaufs-Center-Gesellschaft, Hamburg

Dr. Peter Hoch	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2013)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2013)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Dr. Christian Ricken	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Lawrence A. Rosen	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit Juni 2013)	Qiagen GmbH, Hilden

Christian Sewing	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Vorstands	Frankfurter Institut für Risikomanagement und Regulierung (FIRM), Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHF-BANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Werner Steinmüller	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2013)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 6. Mai 2013)	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Mai 2013)	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 21. Februar 2014

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß



Hans-Peter Schmid



Ralf Stenmer



Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale

Investor Relations

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

